

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonnezeit für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

### Sittlichkeit

Die Stimmen der ernsten Warner mehrten sich von Tag zu Tag, die voll Besorgnis auf den sittlichen Niedergang unseres Volkes hinweisen. Geben wir auch zu, daß manche Klagen vielleicht zu düster gehalten sind, so läßt sich doch nicht verkennen, daß das Unheil schon weit um sich gegriffen hat und die Kräfte unseres Volkes zu untergraben droht. Zur Zeit des Ruins des römischen Volkes wies der Schriftsteller Tacitus seine Zeitgenossen auf die urgewaltige Kraft der Germanen hin, die in ihrem sittlichen Leben begründet sei. Vergessen wir nicht, daß unsere Vorfahren im Besitze dieser Kraft das entervete Rom bezwungen haben.

Germane sein, heißt, sittlich stark und voll weltüberwindender Kraft sein. Bleiben wir uns stets bewußt, daß wir Germanen, Deutsche sind.

Deutsch sein, heißt, innerlich stolz sein, heißt alle Niedrigkeit und Gemeinheit weit von sich weisen, heißt die Würde und Ehre seiner Person heilig halten.

Deutsch sein, heißt, ein reines, inniges Familienglück besitzen, heißt alles fernhalten, was den Segen und den Frieden der Familie zu stören vermag.

Seien wir deutsch, rein und sittlich; erhalten wir uns Germanenart und Germanenkraft.

### Die Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage geht in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen dessen hinaus, was das Wort zunächst andeutet. Sie ist nicht nur eine Frage der Bequemlichkeit, sie berührt vielmehr das ganze Sein des Menschen und bestimmt es bis zu einem gewissen Grade. So ist es eine schon längst erkannte Tatsache, daß Sittlichkeit und Wohnungsfrage in engem Zusammenhang miteinander stehen, daß eine gute Lösung der Wohnungsfrage eine unbedingte Voraussetzung für die Hebung der Sittlichkeit ist — nicht die Voraussetzung überhaupt, aber doch eine wesentliche! Die Wohnungsfrage ist gerade wegen ihrer Beziehung zur geistigen, aber auch körperlichen Gesundheit weiter Kreise des Volkes eine soziale Frage geworden, die zu ihrer befriedigenden Lösung nicht nur der Mitarbeit der davon Betroffenen bedarf, sondern der ganzen sozialen Gemeinschaft und ihrer berufenen Vertreter — der Städte, der übrigen Kommunalverbände und des Staates.

Eine eigentliche Wohnungsfrage ergibt sich vornehmlich in den Städten und hier vor allem für die weniger oder minder bemittelten Kreise der Bevölkerung. Das ist das Wesen der Wohnungsfrage, daß es heute vorab in den Großstädten kaum mehr möglich ist, eine Wohnung zu einem Preise zu bekommen, der auch einem wenig Bemittelten die Möglichkeit eines menschenwürdigen Wohnens bietet. Diese Möglichkeit verringert sich mit zunehmender Kinderzahl. Selbstverständlich, mit Glücksgütern gesegneten Familien ist es immer leicht, entsprechende Wohnungen zu erhalten, auch wenn sie, was allerdings nicht sehr häufig vorkommt, eine größere Kinderzahl haben. Der Preis, den sie für eine Wohnung anlegen können, entspricht gar oft dem Jahreseinkommen eines Arbeiters. Solche Mieter sind selbstverständlich dem Hausbesitzer angenehm — und die übrigen Mieter haben zu schweigen bei etwaigen Unannehmlichkeiten.

Eine Wohnungsfrage besteht schon lange, nur hat sie in den letzten zwei Jahren eine bedeutende Verschärfung erfahren. Es gab bekanntlich eine Zeit — und sie liegt noch gar nicht lange hinter uns — in der man ein Eingreifen des Staates usw. in wirtschaftliche oder soziale Verhältnisse für schädlich hielt und es entschieden mißbilligte. Vorab die Städte handelten nach dieser Lehre. Vielfach im Besitze ausgedehnten Grundbesitzes hatten sie kein anderes Streben, als möglichst viel aus ihm zu lösen. Ihr Gebahren unterschied sich in nichts von dem privater Personen. Bei dem raschen Wachstum der Städte, das durch unsere günstige wirtschaftliche Entwicklung gefördert wurde, verteuerte sich Grund und Boden sehr rasch. Wollte der Erwerber eine entsprechende Verzinsung seines Kapitals, wollte er noch einen entsprechenden Gewinn, so mußte er Häuser bauen, die Unterkunft für möglichst viele Familien boten. Das unerfreuliche Ergebnis war und ist die Mietskasernen, die bei einem Minimum von Raum, Luft und Licht möglichst viele Personen aufnehmen kann. Teurer Boden und Mietskasernen stehen miteinander in ursächlichem Zusammenhang.

Das Wohnungswesen hätte niemals einen solchen Umfang annehmen können, wenn die berufenen Organe bei Zeit darauf gesehen hätten, daß die Mindestforderungen, die man an eine Wohnung in hygienischer Hinsicht stellen muß, erfüllt worden wären. Aber auch die Wohnungskontrolle war durchaus vernachlässigt und erst in neuerer Zeit ist darin eine Wandlung eingetreten. Es ist selbstverständlich, daß durch die schärfere Ausübung der Wohnungskontrolle, die manche große Familie aus ungenügenden Räumen wies, eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot eingetreten ist.

Solange Kleinwohnungen überhaupt noch in genügender Anzahl vorhanden waren, mochten sie an sich auch noch so unzureichend sein, gab man sich mit dem bestehenden Zustand immer wieder zufrieden. Das änderte sich erst in der allerletzten Zeit, als sich herausstellte, daß auch bei den bescheidensten Ansprüchen die Zahl der vorhandenen Kleinwohnungen nicht mehr genügt.

Die Ursache eines derartigen, auf die Dauer unhaltbaren Zustandes ist darin zu suchen, daß in den letzten

Jahren tatsächlich zu wenig gebaut worden ist. In einer der letzten Nummern des Reichsarbeitsblattes wurde in einer Sonderbeilage zahlenmäßig festgestellt, daß die Bautätigkeit im Jahre 1913 ganz erheblich nachgelassen hat. Für den, der die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben kennt, ist das weiter nicht verwunderlich, die Jahre 1912 und die 1913 waren Zeiten ausgesprochenen Hochkonjunktur. In solchen Zeiten wendet sich erfahrungsgemäß das Geld den Zweigen wirtschaftlicher Tätigkeit zu, in denen die meiste Aussicht auf reichen und raschen Gewinn tatsächlich oder vermeintlich vorhanden ist. Vielfach werden die Kapitalien in Industriepapieren — vor allem Aktien — angelegt, mit denen gerade zu Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs an der Börse oft in unverständlicher Weise gespielt wird. Eine Anlage in Häusern ist unter normalen Voraussetzungen zwar günstig und bietet vor allem eine gewisse Sicherheit, sei es, daß das Geld gegen eine Hypothek gegeben wird, sei es, daß es selbst verbaut wird, aber die Gewinnmöglichkeit ist doch nach der Höhe beschränkt und rasche Spekulationsgewinne sind selten. Auch die verflochtenen beiden Hochkonjunkturjahre wirkten in der angebotenen Richtung. Geld floß beim Bauplatz nur in ganz ungenügender Weise zu, so daß es ihm sehr oft nicht möglich war, die nötigen Hypotheken zu beschaffen; das gilt besonders für zweite Hypotheken. Und die Beschaffung war trotz des hohen Zinsfußes außerordentlich schwer.

Vielfach schreckte die Geldgeber auch die Tatsache ab, daß gerade auf dem Bauplatz recht unsichere Elemente ihr Wesen treiben. Zum Bauen ist doch wenigstens etwas eigenes Kapital nötig; das ganze Bausgeld mit Hypotheken aufzubringen, ist für den Bauunternehmer und noch mehr für den Hypothekengläubiger gefährlich, der gar leicht bei solcher Sachlage sein Geld verliert. Die Unsicherheit, die auf dem Bauplatz in dieser Hinsicht herrscht, hält natürlich manche Geldgeber von der Kapitalanlage in Hypotheken ab.

Schließlich hat zur Verschärfung der Wohnungsnot zweifellos auch noch die Wertzuwachssteuer vom 14. Februar 1911 beigetragen. Sie erhob bekanntlich, von dem Wertzuwachs, der sich bei der Veräußerung ergab, dem Verkäufer des Grundstücks eine recht erhebliche Steuer, die bis zu 30 Prozent des Wertzuwachses betragen konnte. Mit Wirkung vom 1. Juli 1913 hat das Reich auf seinen Anteil (50 Prozent) an dieser Steuer verzichtet; zur Erhebung kommen demnach nur noch 50 Prozent, von denen 40 Prozent dem Einzelstaat und 10 Prozent der Gemeinde zufallen. Die Wertzuwachssteuer hatte zweifellos eine Veränderung der Grundstücksspekulation zur Folge; dadurch wurden aber die Umstände von Grund und Boden gehemmt und daß darunter die Bautätigkeit litt und beeinträchtigt wurde, ist selbstverständlich.

Ein großer Teil der Ursachen, die bisher auf den Bauplatz hemmend einwirkten, ist nunmehr verschwunden. Die Hochkonjunktur im Wirtschaftsleben hat einen Niedergang Platz gemacht, der Zinsfuß ist wieder mäßiger geworden und die Wertzuwachssteuer ist ganz erheblich gemildert worden. Wie aus den verschiedenen Berichten zu entnehmen ist, und wie aus dem Umlauf des Formensens geschlossen kann, hat in diesem Jahre vielerorts wieder eine lebhaftere Bautätigkeit eingesetzt.

Da erhebt sich denn nun die bedeutungsvolle Frage: Soll nun wieder alles beim Alten bleiben, der privaten einseitigen Unternehmerinteresse die Versorgung insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung mit Kleinwohnungen überlassen werden, in der es doch fast vollständig verfaßt hat? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Der beste Zustand wäre der, wenn auch der Nicht- oder wenig Bemittelte in einem eigenen Häuschen, bei dem noch ein Garten ist, wohnen könnte. Aus eigener Kraft können die meisten dieses Ziel aber kaum erreichen. Da müssen die öffentlichen Körperschaften, vorab die Gemeinden, zu Hilfe kommen. Das erste, was sie tun müssen, ist die Abgabe von Grund und Boden zu einem billigen Preis. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, in der Stadt selbst Häuser mit Kleinwohnungen zu errichten, sie werden vielmehr an die Grenzen rücken müssen, wo die Kommunen entweder selbst Grund und Boden besitzen oder solchen zu billigem Preis erwerben können.

Die Stadt oder, wenn sie versagt, der Staat muß ferner Mittel zur Verfügung stellen, die den Bauenden als erste und zweite Hypotheken zu billigem Zinsfuß überlassen werden. Die Beleihungsgrenze ist möglichst hoch anzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß die geldgebende Stelle auch auf pünktliche Zinszahlung und allmähliche Abtragung der Schuld ihrer Gläubiger bedacht sein muß. Die letztere wird am besten durch Amortisation geschehen, durch die jährlich ein bestimmter Prozentsatz der Gesamtschuld zurückerstattet wird. Staat oder Stadt müssen weiter Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß die erbauten Häuser zu Spekulationszwecken verwendet werden. Sie können das durch Sicherung eines Vorkaufsrechtes, sie können es aber auch dadurch, daß sie den Bauenden den Boden nicht verkaufen, sondern nur in Erbpacht überlassen.

In vielen Städten haben sich gemeinnützige Bau-genossenschaften gebildet — „Gartenstadigenossenschaften“ — die die Herstellung von Kleinwohnungen übernommen haben. Sie treten an die Stelle des Einzelnen, ihnen wird daher der Kredit zu gewähren sein und ihnen der Boden abgegeben werden müssen. Die Gartenstadigenossenschaften vermieden dann ihre schmuckten Häuschen zu einem Preis, der auch von Minderbemittelten aufgebracht werden kann. Einige Städte haben sich als Genossen bei den Baugenossenschaften beteiligt, haben wohl auch wie Man-

heim die Bestimmung getroffen, daß der größte Teil der erbauten Häuser an Arbeiter vermietet werden muß.

In der breiten Öffentlichkeit haben gerade diese Baugenossenschaften nicht die Beachtung gefunden, die ihnen gebührt. Gerade die Arbeiter sollten sich in größerem Umfang an ihnen beteiligen. Selbstverständlich ist es, daß die Arbeiter, die den Stadtparlamenten angehören, ihren Einfluß aufbieten, um ein soziales Wirken der Städte auch auf dem für die Volkswohlfahrt so außerordentlich wichtigem Gebiete der Wohnungsfürsorge zu erreichen.

### Ein Rückblick auf die Arbeiten des Reichstages 1913-14

S. P. Zu den Aufgaben des Reichstages gehört in erster Linie die Beratung des Reichshaushaltsetats, der dazu eingegangenen Anträge und Petitionen, sodann die Beratung der Gesekentwürfe der verbündeten Regierungen und die Initiativanträge der Parteien. Zur Erfüllung seiner Aufgaben und zur Beratung des Budgets für das Rechnungsjahr 1914 trat der Reichstag am 25. November 1913 zusammen und beendete diese Saison am 20. Mai 1914. In seinen ersten Sitzungen erledigte er zuerst eine Anzahl Petitionen und Wahlprüfungen, behandelte einige Interpellationen sowie verschiedene neue Gesekentwürfe in erster Lesung.

Die Beratung des Reichshaushaltsetats für 1914 wurde eingeleitet durch eine Uebersichtgabe des Reichschatzsekretärs am 2. Dezember 1913. Die Verabschiedung des Etats erfolgte im Reichstag am Schlußtage, am 20. Mai. Die Debatten darüber, wie über einzelne Gesekentwürfe und Anträge waren zum Teil heftig und das

#### Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag

einigemal so zugespitzt, daß man von Reichstagsauflösung sprach. Zu einer Auflösung ist es nicht gekommen, wohl aber zu einer Spaltung. Damit sind viele Arbeiten des Reichstages hinfällig geworden; auch 14 Vorlagen der Regierung fielen unter der Tisch; ebenso eine Anzahl Petitionen, darunter auch diejenige vom Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses, in welcher eine Aufbesserung der Witwen- und Waisen- sowie der Unfallrenten verlangt und die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente auf 65 Jahre gefordert wird. Für die minderbemittelten Abgeordneten hat die Schließung auch noch die Folge, daß sie ihr Ehrenamt nicht voll erfüllen können, da ihnen auch die Freifahrt auf den Bahnen entzogen ist. Manche Informationsreise unterbleibt, ebenso wie der Besuch manch lehrreicher Tagung im weiten Reich. In der Reichsverfassung, Art. 20 heißt es zwar: Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes; aber es ist den Abgeordneten schlechterdings unmöglich, dessen Verhältnisse zu studieren, wenn sie neben ihren sonstigen Ausgaben und Reisekosten auch noch die Fahrkosten bestreiten sollen. Wiederholte Anträge und Beschlüsse des Reichstags auf Gewährung dauernder Freifahrt während der Legislaturperiode hat der Bundesrat bisher abgelehnt. Auf andere Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesrat und Reichstag soll noch zurückzukommen werden. Inzwischen ist der vom Reichstag verabschiedete

#### Reichshaushaltsetat

vom Kaiser am 27. Mai unterzeichnet worden und hat Gesetzeskraft erlangt. Die Einnahmen und Ausgaben vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 sind festgesetzt auf 3 497 930 350 Mark. Zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben kann der Reichskanzler die Summe von rund 18 Millionen Mark auf dem Wege des Kredits flüssig machen.

Die größten Ausgaben erfordert das Reichsheer. Unter den fortdauernden Ausgaben für die Kontinente Preußen, Sachsen, Württemberg, ohne Bayern, stehen 870 559 735 Mark, unter den einmaligen Ausgaben weitere 338 034 393 Mark. Die Ausgaben für die Marine sind postuliert mit 220 700 923 Mark und 234 652 950 Mark. Dagegen nehmen sich die Ausgaben für das Reichsamt des Innern, das Zwecken der Landeskultur und Sozialpolitik dient, ziemlich klein aus. Es sind dafür eingesetzt bei den fortdauernden Ausgaben 107 834 374 Mark und bei den einmaligen Ausgaben 16 308 000 Mark. Als Hauptposten erscheint dabei der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung in Höhe von rund 54 Millionen Mark. Das Reichsversicherungsamt erfordert einen Aufwand von 2 671 251 Mark und das Aufsichtsamt für Privatversicherung 599 093 Mark.

Aus den Beratungen des Etats soll nun zunächst eine Uebersicht über die geführten

#### sozialpolitischen Debatten

gegeben werden. Diese waren zwar sehr umfangreich, denn allein die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern dauerte 21 Tage. Dagegen ist das Ergebnis derselben ziemlich bescheiden: einige Zusicherungen vom Regierungstisch und Willensäußerungen des Reichstags in Form von Beschlüssen und Resolutionen. Selbst im Reichstag kam zum Ausdruck, daß in Bezug auf Fortführung der Sozialreform eine gewisse Müdigkeit herrscht. Die Agitation des Zentralverbandes deutscher Industrieller, wie des Bundes der Landwirte und anderer Unternehmerorganisationen gegen die „zunehmenden Lasten“ der Arbeiter-sozialgesetzgebung tut ihre Wirkung und hinterläßt Spuren auch in den Parlamenten.

Durch die steigenden Ausgaben für unsere Wehr zu Wasser und zu Land und jetzt auch in den Lüften werden die Steuerzahler zum Teil ganz erheblich in Anspruch genommen. Da man

gegen die größeren Militärlasten nicht auftreten kann oder will, wendet man sich gegen die kleineren Ausgaben für Sozialversicherung und Arbeiterschutz um so heftiger. Dazu kommt die unsinnige Agitation und Schlingerei der Sozialdemokraten, die manchmal die Freude an der Sozialpolitik verdirbt. Was eine feste, im gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Aussichten für Weiterführung der Sozialreform

stark gemindert. Schon in der ersten Rede des Staatssekretärs des Innern bei Beratung seines Etats, kam dies zum Ausdruck. Er sagte:

Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Hinsichtlich der Sozialversicherung sind wir an der Grenze des Möglichen. Auf diesem Gebiete muß eine Pause eintreten. Zum Schutze für Gesundheit und Leben der Arbeiter ist viel geschehen. Der Bundesrat kann diesbezüglich weitere Verordnungen erlassen und evtl. können die Landeszentralbehörden, in bestimmten Fällen auch die Polizeibehörden vorgehen. Aber auch dem Arbeiterschutz sind gewisse Grenzen gezogen. Was zu tun bleibt, ist nicht gesetzgeberische Arbeit, sondern die Ausführung der bestehenden Gesetze, die Detailarbeit der Behörden draußen."

Diese kurz zusammengefaßten Sätze aus der Rede des Staatssekretärs vom 20. Januar 1911 zeichnen die Situation und bestätigen das vorher Gesagte. Hieran ändert auch nichts der Satz des Redners: „Das bedeutet nicht einen Abbau unserer Sozialpolitik.“ Aus seiner Bemerkung, daß man nur eine „verständige Sozialpolitik“ treiben dürfe, hätte man schließen können, daß sie bisher unverständlich gewesen wäre. Unter „verständiger Sozialpolitik“ will aber der Staatssekretär verstanden wissen, eine Politik, die nicht bloß dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber gibt, was ihm zusteht, und eine solche, die sich in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen hält.

Auf einzelne Fragen eingehend, hob Staatssekretär Dr. Behrens in seiner Rede hervor, daß einer obligatorischen Reichsarbeitslosenversicherung

**Reichsarbeitslosenversicherung**

große grundsätzliche und praktische Schwierigkeiten entgegenstehen. In die Einführung einer solchen Versicherung sei noch lange nicht zu denken. Das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln werde schwer sein. Voraussetzung dafür sei die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und deren mindestens teilweise Haftung durch ihr Vermögen. Auch die Einrichtung eines Reichs-einigungsamtes hängt davon ab, wie das Recht der Berufsvereine gelöst werde. Hinsichtlich der letzten Frage seien wissenschaftliche Erörterungen und Studien eingeleitet. Das Ergebnis derselben werde in einer Denkschrift zusammengefaßt feinerzeit dem Reichstag vorgelegt. Eine von der Zentrumspartei gewünschte Denkschrift über die Wirkung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist bereits in Ausarbeitung. Sie wird zweifellos dargetun, daß die von Gegnern der Sozialgesetze geäußerten Behauptungen unzutreffend sind.

Der Abgeordnete Kollege Giesberts gab dem Staatssekretär des Innern zu, daß das Reichsamt des Innern in den letzten Jahren infolge der Durchführung neuer Gesetze insbesondere der Reichsversicherungs-Ordnung eine außerordentliche Fülle von Arbeit geleistet habe. Einer Ruhepause in der sozialen Gesetzgebung könnte er aber nicht das Wort reden. Es soll sich lediglich um eine Arbeitspause zur Sammlung der Kräfte handeln. Ein Stillstand der Sozialpolitik könne es nicht geben, zumal bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung fast täglich neue Probleme auftauchen. Als nächste Aufgabe bezeichnet Redner die

**Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr**

für den Bezug der Rente aus der Invalidenversicherung, sowie die Verbesserung der Witwen- und Waisenversicherung. Er verlangte sodann weiter: Bekämpfung der Gewerkekrankheiten, mehr Arbeiterschutz in der Großindustrie

und im Gastwirtschafts- und Ordnung des Privatbeamtenrechts, ein besseres Koalitionsrecht und mehr Freiheit für die Arbeiterbewegung. Treffend und wirksam war seine Zurückweisung der Klagen über die Lasten der Sozialpolitik mit dem Hinweis, daß sie nicht mehr als 3 bis 4 Prozent der Lohnquote ausmache und außerdem die Arbeiterschaft hebe und ihre Leistungsfähigkeit stärke, eine Sache, die den Arbeitgebern und dem Staatsapparat ebenfalls zugute kommt.

In seinen Ausführungen gegen eine Ruhepause in der Sozialpolitik wurde Giesberts vom Abg. Kollegen Behrens

unterstützt. Die Sozialpolitik habe mit beigetragen zu dem großen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands sie habe auch die Kaufkraft der deutschen Arbeiter

erheblich gestärkt, die Gesundheitsverhältnisse verbessert und die Wehrkraft des Reiches erhöht. Der Redner verlangte weiter eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Gärtner, der Landarbeiter sowie der Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in den Verkehrsbetrieben von Staat und Reich, eine Forderung, die auch vom Kollegen Abg. Schürmer seit langem vertreten wird. Behrens beklagte sich auch über die Art und Weise, wie die sozialpolitischen Wünsche des Reichstages im Bundesrat behandelt und daß dem Reichstag die Beschlüsse und abschneidenden Bescheide ohne jede Motivierung zur Kenntnis gebracht werden. Am hier eine Aenderung zum Besseren herbeizuführen, legte er eine Resolution vor, nach welcher eine ständige Kommission für Arbeiterangelegenheiten eingesetzt werden sollte; sie würde in dritter Lesung von einer Zufallsmajorität abgelehnt. Die Entschlüsse waren vorher schon der Sub-getkommmission überwiesen worden. (Fortf. folgt.)

**Der bayerische Industriellen-Verband**

Die organisatorischen Bestrebungen der bayerischen Industriellen haben in den letzten Jahren merkwürdige Erfolge zu verzeichnen. Es blieb nicht nur in der Großindustrie der alte Zusammenhalt, er wurde noch vermehrt. Weit hinein in die Kreise der kleinen und kleinsten Fabrikunternehmer und direkt sogar bis hinein in die nach den organisatorischen Begriffen der Industriellen noch jungfräulichen Kreise des Handwerkes, selbst in Kleinstädte und aufs Land drang der Geist des Industriellenverbandes. Mancher berechtigter Lohnkampf der bayerischen Arbeiterschaft hatte unter diesen Einflüssen zu leiden. Es soll nicht verkannt werden, daß der B. I. V. auf dem Gebiete des Verkehrs, der Handelspolitik, des Exportes, bei Ausstellungen, in allgemeinen wirtschaftlichen und zum Teil auch in sozialen Fragen Erfriechliches geleistet hat. Die bayerische Industrie ist zum Teil durch die Tätigkeit des B. I. V. zu ihrer angehörenden Stellung gelangt. Freilich muß auch gesagt werden, daß der B. I. V. bei einer Mitgliederzahl von rund 5000 mit 200 000 beschäftigten Arbeitern, noch lange nicht alle Arbeitgeber umfaßt. Mit steigender Mitgliederzahl wird sein Einfluß auf allen Gebieten noch mehr als bisher fühlbar werden. Die Lohnarbeiterschaft wird gut tun, die Entwicklung der Dinge gründlich zu beachten und rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen. Und diese können nur sein eifrige Werbearbeit, um den letzten Arbeiter zur Gewerkschaft zu bringen. Immer noch hat sich gezeigt, daß eine trauff organisierte Arbeiterschaft selbst der stärksten Unternehmergruppe die Stirne zu bieten vermochte.

Nun ist es interessant aus dem Jahresbericht 1912/13 Verschiedenes zu erfahren, dessen Vorhandensein bisher einzelne Industrielle und Branchenerbände ableugneten. In seinem Referat über die „Ziele und Wünsche der bayerischen Industrie“ sprach sich der Syndikus des B. I. V. Dr. Kuhl in scharfen Worten gegen die „Kathedersozialisten und Anarcho-politiker“ in der Sozialpolitik aus, die den Unternehmer unpopulär gemacht hätten. Nicht die gelehrten Theoretiker haben den industriellen Kapitalismus unpopulär gemacht, sondern die eigenen Praktiken brachten ihn Zoll um Zoll um sein Ansehen. Richtig ist auch nicht, wie Dr. Kuhl sagt, daß der Unternehmer der „einzige Risikoträger“ sei. Der Unternehmer ist wohl hinsichtlich des Geldes und der technischen Verantwortung der Risikoträger. Aber die körperlichen und geistigen Arbeitskräfte des Arbeiters und der Angestellten, welche mit ihrem ganzen verfügbaren Risiko, (ihrer Gesundheit und ihrem Leben) tagtäglich doch auch „hohe wirtschaftliche Funktionen“ ausüben, sind mit dem Maßstabe des Meisterrisikos gemessen, entsprechend einzuschätzen und nicht einfach zu ignorieren. Aber das ist so die Unternehmerart!

Bezeichnend ist ferner, daß Dr. Kuhl sagt, daß bei allen sozialpolitischen Einrichtungen, selten von den Lebensinteressen des Unternehmers gesprochen würde. Wenn das richtig wäre, dann müßte Bayern das reinste sozialpolitische Schlackenland sein. Das dem aber nicht so sondern zumeist umgekehrt ist, beweisen die Verhandlungen in den Parlamenten, namentlich bei den Arbeitskammern und bei einer Reihe anderer Gelegenheiten, wo es im Sinne Dr. Kuhl's für die Lebensinteressen

des Unternehmers rücksichtslos über berechnete Arbeiterforderungen hinwegging.

Ein besonderes Kapitel wird den Tarifverträgen gewidmet. Auf Seite 26 des Berichtes heißt es u. a.:

Insbesondere seien die sogenannten Tarifverträge hervorzuheben, bezüglich deren der Redner (Dr. Kuhl) früher den Standpunkt vertreten habe, daß sie zwar nicht für alle Industrien möglich und wünschenswert seien, daß sie sich aber immerhin in einzelnen Industriezweigen ganz gut bewähren hätten, heute müsse er dagegen seine Meinung dahin korrigieren, daß die Tarifverträge dem Arbeitgeber keinerlei Vorteile bringen und nicht geeignet sind, den sozialen Frieden herbeizuführen. Wie an vielen Beispielen aus der Praxis gezeigt werden könne, seien die Tarifverträge keine Verträge, sondern tatsächlich einseitige Bedingungen des Unternehmers. Die Klassenkämpfe seien durch die Tarifverträge nur erbitterter geworden, da die Gewerkschaften während der Vertragsperiode ungeführt große Mittel aufammeln können, um den Streik dann um so hartnäckiger durchzuführen. Selbst innerhalb des Buchdruckergewerbes nähmen die Tarifgegner zu, denn immer deutlicher zeige sich, daß die Tarifverträge eine Schraube ohne Ende sind und daß nach Ablauf der mehrjährigen Periode stets neue Forderungen an den unglückseligen Arbeitgeber gestellt werden."

Das ist Scharfmacherei von reinstem Wasser, die den B. I. V. kennzeichnet als eine scharfmacherische Kampfsorganisation. Früher vertrat man den Standpunkt, daß der Tarifvertrag eine feste Befestigung der Branchen bringe, heute verwirft man ihn, weil er sie angeblich ruiniere. Bewiesen wird von dieser Behauptung nichts, aber um so hartnäckiger kurstiert sie unter den Rühlseuten. Der wahre und einzige Grund der Gegnerschaft zu den Tarifverträgen ist der, weil nach Abschluß des Vertrages der Unternehmer nicht mehr willkürlich den Lohn „regulieren“ kann. Das ist des Pudels Kern! Diese Sorge veranlaßte den B. I. V. in so scharfer Form gegen die Tarifverträge zu wettern. Aber es wird auch in der Praxis mit Wasser gekocht. Die Rühl'schen Ideen werden dem B. I. V. noch manche bittere Erfahrung einbringen. Man glaube nicht, daß die bayerische Arbeiterschaft, so ohne weiteres das in jahrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaute Werk der Tarifverträge kampfslos zerstören läßt.

Der allgemeine Versicherungszwang hat es der bayerischen Unternehmerorganisation gleichfalls angetan. Aber bei allen Gegensätzen, sollte man wenigstens die Grenzen der Wohlstandigkeit in nicht so maßloser Weise überschreiten, wie es der Bericht durch folgenden Satz tut: „... Der Mangel an Selbstverantwortlichkeit ließe die Kräfte des Einzelnen erschaffen, Heuchelei und Rentenhysterie mehrten sich von Tag zu Tag“. Das ist eine Beleidigung, die der Arbeiterschaft zugefügt wird, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.

Der Schutz der Arbeitswilligen durch ein gänzlich Verbot des Streikpostens ist auch noch ein Herzenswunsch der bayerischen Industriellen. Obgleich ein solches Verbot an sich gleichbedeutend mit der Ermöglichung des Koalitionsrechtes ist, verlangen es die Unternehmer. Angesichts dieses terroristischen Verlangens ist es nicht besonders glücklich, gleich zwei Zeilen weiter von dem Zwang der sozialdemokratischen Organisationen zu sprechen. Dabei steht fest, daß der rote Terror wesentlich vom Unternehmer begünstigt wird. Wie oft haben die Unternehmer stillschweigend zugesehen, wenn christliche Arbeiter von sozialdemokratischer Seite terrorisiert wurden! Anstatt mit der nationalen Arbeiterschaft gemeinsam den „roten Zwang zu beseitigen, haben sich die Unternehmer gelbe Werkvereine zugelegt. In Bayern sind in die gelben Vereine bedeutende Arbeitermassen hineinterrorisiert worden, in Bayern sind christliche Arbeiter in manchen Betrieben den sozialistischen Terroristen ausgeliefert, darum sollten die Unternehmer ihre Taktik im Kampf gegen roten Terror ändern.

Die Arbeitslosenfrage erfährt im genannten Jahresberichte eine Behandlung, wie man sie nur von Scharfmachern gewohnt ist. Wir glauben gerne, daß den führenden Industrielleuten die preussischen politischen Verhältnisse zu ihren Plänen besser passen würden. Aber, in Bayern ist es anders. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht so, wie sie hingestellt werden. Mancher Arbeiter hat schon am eigenen Leib erfahren, wie rücksichtslos Leute auf die Straße gesetzt werden in Zeiten rückläufiger Konjunktur. Wäre die Industrie mit den Arbeiterentlassungen nicht so systematisch und rücksichtslos vorgegangen, dann wäre die Forderung nach der Arbeitslosenversicherung nicht so allgemein. Aber Druck erzeugt bekanntlich Gegenruck und

**Bejammernwert**

Schwarz hat sich die Nacht herabgelassen;  
Hier und dort nur steigt Laternenlichter  
Und der Hogenlampen heller Schein  
Aus des Dunkels Tiefe.

Doch dort hinten, wo aus dem Fabrikgelände  
Trogigkühn ein hoher Bau sich hebt,  
Plegt ein weiter Kreis in Licht getaucht,  
Wildegeackte Silhouetten  
Rahmen hier ein seltnes Bild.  
Und vom Dache dieser Häuserriesen  
Schließen wie mit Hüllenbrausen  
Feuerfarben hoch empor.  
Bejammernwert!

Schau hin!  
Öffne dein Ohr dem Getöse!  
Hör im Herzen dieser schwarzen Mauern  
Hämmert, köchelt und zischt und glüht es.

Steige hinein!  
Sieh, wie sie schafften, die fehnigen Recken —  
Männer der Arbeit, tiefend von Schweiß;  
Flammende Bäche durchsäulen die Tiefe  
Zu den Konvertieren und wieder zurück.  
Unabhänglich zu den Formen  
Fließt das phosphorrote Erz —  
Fertiger Stahl —  
Horrend der Stumbe, da ihn des Dampfes Kreis  
Weiterträgt zu seinem Ziel.

Weiter — rastlos — Tag und Nacht —  
Mit der Werke Lösung.  
Und es raffelt, köchelt und glüht. — —

Schwarz hat sich die Nacht herabgelassen,  
Trogigkühn in lichter Helle  
Prangt der Bau in jener Schönheit.

Und es regt sich ohne Unterlaß  
Dieses stolze Glied am Riesenleib  
Der Göttin Industrie!

Christoph Wieprecht.

**Moderne Schmiedekunst**

Ueber moderne Schmiedekunst bringt die „Süddeutsche Bau- und Kunstschloffer-Zeitung“ folgende interessante Ausführungen:

Es gibt von einem großen, neuzeitlichen Philosophen ein viel gebrauchtes Wort: das Gleiche kehre immer wieder. In der Tat bewährt es sich, wenn man einen Blick auf die Entwicklung wirft, die die Bedeutung des Eisens für unsere Kultur gehabt hat.

Im Mittelalter von höchster Beliebtheit für die Anfertigung menigfacher Hausgeräte, ist es in seiner Verwendung um die Zeit der Renaissance wesentlich zurückgedrängt worden. Nicht verdrängt. Denn noch im letzten Ausläufer der Renaissance, dem Barock und dem Rokoko, paßt sich der Arbeiter des Eisens, dem Geist der großen Kunst an. Die Tore, die Einlassungen in Barockkirchen ahmen die äppige reiche Mode Pracht des Eisens wie die Steinmassen und der Innen-schmuck. Aber für das Haus schon das Eisen keine Rolle gespielt zu haben. Eisene Stühle, eisene Leuchter, Tisch-, Beleuchtungsgeräte aus Eisen wurden verdrängt. Das Holz, Porzellan, Bronze gingen als Sieger aus dem Wettbewerb hervor.

Das neunzehnte Jahrhundert hat diesen Sieg zunächst vollendet. Immer mehr verdrängte das Eisen aus dem Haus, immer mehr beschränkte sich das Handwerk des Schlossers auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Hausbaus. Die Fabrikarbeit kam hinzu, die Freude an der eigenen handwerklichen Fertigung zu raschen. Erst die Wiederentdeckung der alten Geheime des Kunsthandwerkes hat auch hier eine Wende erzeugt. Dankend Stücke des Hauses, auch das kleine Hausgerät wurden wieder aus Eisen hergestellt. Die Freude an der soliden materialgerechten Verarbeitung, an einer, abramschiger, klar empfundenen Form,

die sich aus dem Material ergeben mußte, wurde neu lebendig. Die Kunstgewerbeschulen nahmen sich solcher Verarbeitung des Eisens wieder an. Sie lehrten ihre Schüler das Zeichnen, Modellieren und förderten die Solidität, die Freude der liebevollen Arbeit.

Im Zeitalter der Fabriken war dem Handwerker zurückgegeben, was des Handwerkers war. In der Umkreis der Befähigung hatte sich erweitert. Indem das Handwerk des Schmiedens in das Gebiet des Kunstgewerbes vorrückte, bekam es Anteil an allen den mannigfachen, auf Klarheit bringenden Formen und Gestaltungen der neuen Zeit. Kunstgewerbemuseen konnten daher schon früh auch solche Bearbeitungen des Eisens heranziehen. Das neue städtische Museum in Elberfeld a. S. zeigt eine Reihe wundervoller, aus dem neuen Werkstil geborener Arbeiten, mit denen sich der Kreis der geschichtlichen Wandlungen wieder schließt, nachdem das neunzehnte Jahrhundert eine so empfindliche Lücke in ihm gelassen.

Noch läßt sich nicht übersehen, ob auch das neue Handwerk dem alten es darin gleich hat, daß es so reich ist an Jahren und Motiven, wie sich das alte in Türgittern, Türbeschlägen, Klöpfen, Wandarmen, Flurlaternen, Fenster-gittern und hundert ähnlichen Sachen betätigte. Das neue Handwerk muß auch erst noch beweisen, ob es dem eingegangenen alten gleich ist an der Echtheit, der Solidität der Arbeit. So kommt eine Ausstellung zurecht, die zeigen will, was, wie das gesamte Handwerk, so daß der Schmiedekunst im ganzen heute leidet: die deutsche Werkbund-Ausstellung in Köln 1914. Daran läßt sich dann absehen, wie weit dieser Geist schon allgemein geworden ist, wie weit er ein Faktor wurde, mit dem die neue Entwicklung des Kunsthandwerkes zu rechnen hat.

Das wird nützlich sein für den Käufer, der daran absehen kann, wie weit ein Fabrikgitter von solider handwerklicher Arbeit entfernt ist und der so wieder auf den Handwerker gewiesen wird. Und die Meister werden daraus erfahren, wie weit sie dem modernen Empfinden, dem Geschmack entgegenzukommen haben, um ihrer Zeit und den Forderungen, die sie an sie stellt, gerecht zu werden. Auch die Angehörigen der Schlosserei und der Schmiedekunst müssen daher dieser Ausstellung mit größtem Interesse entgegen sehen.

die Industriellen dürfen sich daher nicht wundern, wenn die Arbeiter jetzt mehr denn je nach der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung verlangen. Damit die Sache noch etwas gefährlicher aussieht, läßt man auf Seite 42 des Berichtes eine Drohung einfließen. Es heißt da: „Führt man aber fort, uns mit einem Uebermaß von Lasten zu belegen, dann kann es vorkommen, daß eines Tages eine Beschäftigungslosigkeit und Arbeitslosigkeit in einem Umfange eintritt, daß keine wie auch immer gestaltete Versicherung noch helfen kann“. So sind also unsere „humanen“ Industriellen!

Wenn es dann noch heißt: „... wir in der Industrie sind ja schon seit langer Zeit in der Lage, daß wir nur noch das Recht haben, die Mittel für die Bestreitung des Staatshaushaltes aufzubringen und daß man über unsere Wünsche und Ratsschläge mit Hohn und Spott zur Tagesordnung übergeht...“ so ist das ebenso unrichtig wie der andere Satz: „... Kein anderer Berufsstand aber wird in Deutschland unbilliger behandelt, als die Industrie; das muß einmal offen ausgesprochen werden...“ Beide Sätze kennzeichnen so recht das Milieu unserer Industriellen, die der Arbeiterkategorie wirtschaftliche und sozialpolitische Unersättlichkeit vorwerfen, selbst aber die von erstaunlicher Verschleierung der Tatsachen zeugende Sätze ruhig hinnehmen.

Wichtig ist noch die durch den B. J. B. in die Wege geleitete Gründung von sogenannten Arbeitgeberkartellen. Diese Kartelle, bestehend aus allen Branchenverbänden am Orte, sie haben in erster Linie die Aufgabe, die Arbeiterbestrebungen niederzukämpfen und die Tarifverträge zu beseitigen. In München haben sich bereits die Folgen dieser neuen Organisationsform gezeigt. Die Kleingewerbetreibenden wurden gegen den Tarifvertrag scharf gemacht und zu seiner Beseitigung in den Kampf gekehrt. Manchem ist dabei der Atem ausgegangen und manche Existenzen sind dabei noch zugrunde gekehrt. Das haben dann die Kleingewerbetreibenden von der industriellen Bevormundung.

Alles in allem kann die bayerische Arbeiterkraft aus den Darlegungen wieder einmal erkennen, in welchem Geiste gewisse Unternehmerkreise dahingleben. Klar und an vielen Stellen haben wir gesehen, wohin unsere Industriellen steuern. Seien wir auf der Hut, um gegebenenfalls die Scharfmacherpläne zu durchkreuzen. U. R.

### Eine Revision des sozialdemokratischen Partei-Programms durch die „freien“ Gewerkschaften

Gerade 10 Jahre war das 1891 auf dem Parteitag zu Erfurt geschaffene sozialdemokratische Parteiprogramm alt, als August Bebel auf dem Parteitag zu Lübeck 1901 aussprach, er sei nicht der Ansicht, daß die Partei das jetzige Programm noch lange Zeit ungedändert behalten werde; er habe auch nichts dagegen, daß gleich auf dem folgenden Kongreß eine Revisionskommission eingesetzt werde. Und einer der Mitgeschöpfer des Erfurter Programms, Eduard Bernstein, hat wiederholt einer Programmrevision das Wort geredet. Abänderungsbedürftig sei gleich der erste Satz des Programms, nach welchem die ökonomische Entwicklung „mit Notwendigkeit“ zum Untergang führe, was mindestens für die Landwirtschaft nicht zutrefte. Ebenso unzutreffend sei der Krisen-Abschnitt; dann müßte auch die Katastrophens- und Verelendungstheorie revidiert werden und ähnliches mehr. Andere wichtige sozialdemokratische Stimmen haben sich im Laufe der Jahre ebenfalls in gleichem oder ähnlichem Sinne ausgesprochen. Nun sind seit dem Lübecker Parteitag bald 13 Jahre ins Land gegangen und das schon so früh als abänderungsbedürftig bezeichnete Programm der Sozialdemokratie ist geblieben wie es war.

Jetzt bereitet sich ein neuer Anstoß zur Programmrevision vor. Zwar ist es kein organisierter Parteigenosse, der die Frage anspricht, aber doch immer einer, der sich unerbittlich als Sozialist bekennt und dessen Stimme recht schwer ins Gewicht fällt: Richard Calwer, Sachverständiger für Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftslehre und Herausgeber der „Konjunktur“. Calwer ist nicht „irgend wer“. Er gehörte zu den Akademikern, die Anfang der Vierziger Jahre in einer gewissen jugendlichen Begeisterung den Weg zur Sozialdemokratie fanden. Eine Zeit lang redigierte er ein sozialdemokratisches Blatt und betätigte sich als fruchtbarer Parteischriftsteller. Von 1898 bis 1903 gehörte er auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, wurde aber 1907 wegen seiner von der Parteiführung abweichenden wirtschaftlichen Ansichten und Auffassungen nicht wieder aufgestellt. Seit Anfang 1909 bekundete Calwer seine besonderen Anschauungen über Zoll- und Handelspolitik, koloniale und nationale Fragen. Ende 1908 wollte man ihn aus der Partei ausschließen. Als der Parteitag in Leipzig 1909 ein Organisationsstatut annahm, das einen Galgen enthält, für diejenigen, die anders denken wie die augenblicklichen Führer in der Partei, hielt Calwer es für geraten, aus der Partei auszutreten, ohne aufzuhören im Herzen Sozialist zu bleiben und sich als solcher zu bekennen.

Dieser Extraparteigenosse, aber immer noch stamme Sozialist kündigt in der „Konjunktur“ das Erscheinen einer Schrift an seiner Feder über das sozialdemokratische Parteiprogramm an und setzt zugleich die Gründe auseinander, warum er in eine kritische Besprechung desselben eintritt. Zunächst: Die Zersplitterung auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation ist ein Krebsgeschwür und muß beseitigt werden. Vor allem ist es die Aufgabe der „freien“ Gewerkschaften, den Weg frei zu machen. In ihnen ist es, Revisionen vorzunehmen und toleranter zu werden. — Sodann: Die sozialdemokratische Partei hat die Gewerkschaften in ihrem Aufstieg nicht zu hindern vermocht. Nun sind sie da und werden womöglich einmal das Uebergewicht über die Partei erhalten. Daneben ist eine starke Konsumorganisation geschaffen worden. Gewerkschaften und Konsumvereine werden gehemmt durch eine verkehrte Politik der Partei. — Endlich: Das sozialdemokratische Programm muß revidiert werden, weil es selbst die eigenen Genossen molken. Darum wird es gut sein, wenn ein Außenstehender einiges Material zu dieser Revisionsaufgabe beibringt und zum Nachdenken anregt. Dies sind in Kürze die Gründe, die den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Calwer veranlassen, eine Broschüre über das sozialdemokratische Programm zu schreiben.

Wer Calwer und seine Arbeitsweise näher kennt, der zweifelt nicht daran, daß er seine Gründe mit einem gewissen Material belegen wird. Ob er damit aber durchdringt, bleibt abzuwarten. Calwer verlangt von den „freien“ Gewerkschaften

eine „größere Toleranz“: die „Beseitigung unzulässiger Schranken“, wobei er unbedingt an das enge Verhältnis dieser Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei denkt, das in der Arbeiterbewegung trennende Scheidewände aufgerichtet und die nicht-sozialistischen Arbeiter zur Gründung der christlich-nationalen Arbeiterorganisation veranlaßt hat. Die Voraussetzung der Calwer'schen Forderungen und Möglichkeiten wäre das Bekenntnis der freien Gewerkschaften zur unbedingten Neutralität. Ist aber ein solches zu erwarten? Wenn man zurückdenkt an die Neutralitätsdebatten, die an der Jahrhundertwende in den sozialdemokratischen Gewerkschaften und auch in der Partei gepflogen wurden, so könnte man damals auf den ersten flüchtigen Blick hin zu der Ansicht gelangen, die Neutralitätsbestrebungen könnten wenigstens bei manchen Gewerkschaften und Parteiführern ehrlich gemeint sein. Wer aber die völlige Einschwenkung der „freien“ Gewerkschaften in das rote Parteilager miterlebte, die bis zu einer offiziellen Regelung der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 führte, und berücksichtigt die dort proklamierte Einheit der Grundzüge, die ideale Übereinstimmung der leitenden Gewerkschaftskreise mit der Sozialdemokratie, die Vertändigung über einheitliche Aktionen zwischen Gewerkschaften und Partei, der kommt doch zum Schluß, daß die damaligen Neutralitätsbestrebungen lediglich taktische Manöver waren. Heute sind Partei und Gewerkschaften so eng miteinander verbunden, daß eine Neutralisierung der Ersteren im Sinne einer Toleranz völlig ausgeschlossen erscheint.

Eher könnte man schon erwarten, daß im Laufe der Jahre die Politik und Taktik der Gewerkschaften und der Konsumtenorganisationen auf die durch die unhaltbaren Programmsätze des Erfurter Programms verkehrt geleitete Politik und Taktik der Partei korrigierend abwärts könnte. Daß nunmehr aber eine Veranlassung für die nichtsozialdemokratischen Arbeiter wegfallen würde, in Haufen zur Sozialdemokratie hinzuströmen, so daß auf diese Weise „eine einheitliche Zusammenfassung der Arbeiterschaft“ sich erzielen ließe, leuchtet nicht ohne weiteres ein. Denn der Geist bleibt in Partei und Gewerkschaften doch der gleiche und dieser Geist, diese materialistisch-sozialistische Weltanschauung wird weite Kreise der Arbeiterschaft wie bisher auch in Zukunft von der sozialdemokratischen Partei fernhalten, mögen sie in ihrem Verhalten zur praktischen Politik auch eine Wandlung vornehmen. Im übrigen kommt der stete Hinweis nach einer Revision des Parteiprogramms lediglich von den Revisionisten. Ob die radikalen Elemente mitklingen wollen, davon ist nichts bekannt geworden. Diese sind von der Notwendigkeit einer Programmrevision durchaus nicht durchdrungen, sondern ihnen genügt, daß das rote Programm nach der agitatorischen Seite hin ihnen die besten Dienste geleistet hat.

Gespammt kann man sein, wie sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber der ihnen zugebachten Rolle verhalten werden. Obwohl Calwer seine Vorschläge bereits vor längerer Zeit veröffentlichte, hat man sich bisher im roten Gewerkschaftslager in Schweigen gehüllt.

### Die halbtündige Hauptpause im Walzwerk der Krupp'schen Friedrich-Alfredhütte

In dem Artikel in Nr. 18 „Wie die Schweißindustrie die Deffentlichkeit irreführt“ wiesen wir darauf hin, daß ein Vertreter der Großindustrie in einem Vortrage die Behauptung aufgestellt habe: daß die Arbeiter der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte „mehr Pausen haben, als sie arbeiten“. Darauf meldeten sich die Arbeiter der Friedrich-Alfred-Hütte; sie wiesen nicht nur nach, daß die genannte Behauptung unzutreffend sei, sondern sie erbrachten auch den Beweis dafür, daß ihnen im Grobwalzwerk nicht einmal die gesetzlich garantierten Pausen gewährt würden. Dieser Beweis wurde erbracht in Nr. 20 im Artikel: „Wie die Schweißindustrie die Deffentlichkeit irreführt.“ Im einzelnen wurde für einen Tag die Arbeitsleistung an der Großstraße geschilbert und hervorgehoben, daß die Pausen nur 33 1/2 Minuten betragen hätten, während in der Bundesratsverordnung zwei Stunden vorgeschrieben sind. Diese Feststellungen erfolgten in Nr. 20 vom 16. Mai 1914.

Wir haben erwartet, daß nach Erscheinen dieser Kritik den Arbeitern die gesetzmäßigen Pausen gewährt würden. Leider ist das nicht der Fall. Aus dem uns vorliegenden Material ist ersichtlich, daß man sich an den Großstraßen der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte sehr wenig kümmert um die Durchführung der Pausen, die durch die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie vorgeschrieben sind. Insbesondere klagen die Arbeiter des Grobwalzwerkes über die Nichtgewährung der halbtündigen Mittagspause zum Einnehmen des Mittagessens.

Diese Hauptpause soll nach der Bundesratsverordnung eine Stunde betragen. Auf Antrag, kann sie die höhere Verwaltungsbehörde auf eine halbe Stunde verkürzt. Das ist auch für das Grobwalzwerk der Friedrich-Alfred-Hütte geschehen. Und selbst diese verkürzte Hauptpause wird nicht regelmäßig innegehalten.

Daß diese Pause aber gewährt werden kann, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Sie wird auch auf der Friedrich-Alfred-Hütte gewährt... wenn Gefahr im Verzuge ist. Das zeigte sich am 10., 11. und 12. Juni 1914. Zur Erläuterung dafür müssen wir etwas vorausschicken.

Gegenwärtig bereift eine Kommission, bestehend aus Regierungsbeamten, Gewerberäten, Arbeitgebern und Arbeitern die Schwerindustriebezirke. Die Kommission hat die Aufgabe, die Frage der 24stündigen Beschäftigten zu studieren. Obwohl hierzu manches zu sagen wäre, müssen wir doch darauf verzichten, weil es in diesen Artikel nicht hineingeht. Die genannte Kommission war in der ersten Junihälfte im Duisburger Bezirk tätig; sie besichtigte die Gutehoffnungshütte, die Phönixanlagen in Ruhrort und am 10. und 11. Juni die Krupp'sche Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen.

Die Vorbereitungen zum Empfange der Kommission auf der Friedrich-Alfred-Hütte müssen sehr weitgehend gewesen sein. Ging uns doch von dort ein Bericht zu, mit der Verheißungsvollen Ueberschrift: „Großes Reine machen“. Gleich um 6 Uhr morgens setzte großer Hausruch ein, „damit nichts zu bemängeln sei“. Die uns zugefandene Schilderung gibt in emühter Weise wieder, wie geübt alles eingeteilt wurde. Jeder Mann und jeder Meister an „seinen Posten“. Dann gab es noch eine Vorbereitigung durch Betriebschef und Direktor, genau wie beim Militär.

Und die Kommission kam... sie kam gegen 12 Uhr ins Walzwerk. Als die Dampfmaschine des Mittagzeigers gab, wurde zum Staunen der Arbeiter abgedreht, d. h. stillgesetzt; zuerst Blockstraße I und Fertigtstraße 700. Die Arbeiter hatten Pause von 12 Uhr bis 12,30 Uhr. Von 12,30 Uhr bis 1 Uhr hatte Blockstraße II und Fertigtstraße 850 die vorgeschriebene halbtündige Hauptpause.

Am folgenden Tage (11. Juni) wurde ebenfalls Pause gemacht. (In diesem Tage wollte die Kommission wiederum auf der Hütte.) Am 12. Juni wurde noch einmal die vorgeschriebene halbtündige Pause gewährt. Dann ging, wie man uns berichtet, die alle Leier wieder los.

Wenn man will, ist es also ganz gut möglich, die halbtündige Hauptpause zu gewähren. Warum geschieht das nicht immer, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist und warum geschieht es, wenn Regierungsvertreter in der Nähe sind? Diesen Fragen könnte die Gewerbeinspektion in Mors, zu welchem Aufsichtsbezirk die Friedrich-Alfred-Hütte gehört, einmal auf den Grund gehen.

Soll aber dauernde Abhilfe erfolgen, d. h. dem Gesetz Beachtung verschafft werden, dann sind in den Hüttenwerken der Gewerbeaufsicht Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande beizugeben, die an Ort und Stelle die Durchführung der Bundesratsverordnung beobachten. Die Bundesratsverordnung ist ein Gesetz. Genau so wie man zur Verhinderung von Felddiebstählen Sturzhüter angestellt hat, genau so müssen auch die Vorschriften über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie dauernd, von eigens dazu bestimmten Personen überwacht werden. Für die Notwendigkeit dieser Überwachung ist vorstehendes ein trefflicher Beweis.

Die Arbeiter der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte aber sollten sich darüber im klaren sein, daß an eine Besserung ihrer Verhältnisse nur dann zu denken ist, wenn sie sich organisieren. Vereint sind sie ein Faktor, mit dem das Werk zu rechnen hat. Der einzelne kann für sich allein nichts ausrichten; er kann nicht einmal veranlassen, daß er die ihm durch Gesetz garantierten Pausen erhält.

### Allgemeine Rundschau

#### Berufskrankheiten und Berufsgenossenschaften

Paragraph 547 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß durch Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden kann. Selbstredend ist dieser Paragraph nicht in die Reichsversicherungsordnung hineingekommen, um auf dem Papier zu stehen. Auf Anregung der den christlichen Gewerkschaften angehörenden Abgeordneten hat sich der Bundesrat damit befaßt, das Augenkittern der Bergleute der Unfallversicherung zu unterstellen, wie es der Reichstag einstimmig gefordert hat. Ebenso schweben Erwägungen, ob gewisse Vergiftungskrankheiten den Unfällen gleich gestellt werden sollen.

Für die Metallindustrie sind zu nennen als wichtigste Berufskrankheiten, die unbedingt als Unfälle angesehen werden müssen:

1. Die giftigen Erkrankungen der Arbeiter in Blei-, Zink- und Metallhütten;
2. Die Taubheit der Kesselschmiede und Drahtstiftmacher;
3. Die Augenkrankheiten bei autogenen Schweißern.

Nun hat sich der 28. ordentliche Berufsgenossenschaftstag, der Ende Mai in Leipzig stattfand, auch mit diesen Besprechungen befaßt. Gleich zwei Referenten hat er sich dazu bestellt und in einer Entschließung seiner ablehnenden Meinung Ausdruck gegeben. Der Kernpunkt der Resolution sei nachfolgend wiedergegeben:

„... Die Unfallversicherung soll ihrem Wesen nach nur die un erwartet und plötzlich durch einen Unfall eintretenden körperlichen Verletzungen entschädigen, und es würde eine Verwischung der Grenzen der drei Versicherungsgebiete bedeuten, wenn auch beim Fehlen dieses Merkmales die Unfallversicherung eintreten sollte. Ueberdies würde die Unterstellung gewisser Berufskrankheiten unter die Unfallversicherung nicht nur die bestehende Lastenverteilung zu Ungunsten der Berufsgenossenschaften und zu Gunsten der anderen Versicherungssträger verschärfen, sondern auch die Simulation erleichtern und durch die Aussicht auf höhere Entschädigung zu einer Verlängerung des Heilprozesses führen. Selbst bei enger Begrenzung des Begriffs Berufskrankheit ergeben sich kaum überwindbare Schwierigkeiten bei der Frage, welche Krankheit als Berufskrankheit anzusehen ist, welche nicht. Auch sind die Rechtsfälle der Unfallversicherung zur Uebertragung auf Krankheiten juristisch völlig ungeeignet, weil sie aufgebaut sind auf dem Begriff des Unfalls, das ist ein Tatbestand, der nach Zeit, Ort, Ursächlichkeit und Beziehung zum Betrieb regelmäßig unzweifelhaft bestimmt ist, was alles bei einer Krankheit nicht zutrifft.“

Der Berufsgenossenschaftstag hat beschlossen beide Referate und die Resolution jedem Reichstagsabgeordneten gedruckt zugehen zu lassen. Daher ist es notwendig, daß die beteiligten Arbeiterkreise sich ebenfalls rühren und Material beibringen, wenn ihre berechtigten Forderungen Gehör finden sollen.

Hoffentlich gehen Reichstag, Bundesrat und Regierung nicht auf die Einwände des Berufsgenossenschaftstages und seiner Hintermänner ein. Die Befassung, die durch Unterstellung der Berufskrankheiten unter die Unfallversicherung entsteht, ist wirklich sehr geringfügig. Andererseits bringt sie manchem braven Arbeiter, der in der Industrie zum Krüppel wurde (wir denken dabei vornehmlich an die verkrüppelten Glieder der Harzhüttenleute) eine kleine materielle Besserstellung.

#### Muß ein Maschinist den Hof reinigen?

Diese gewiß nicht uninteressante Frage hatte kürzlich das Hamburger Gewerbegericht zu entscheiden. Wegen angeblicher beharrlicher Arbeitsverweigerung wurde ein Maschinist sofort entlassen, weil er es abgelehnt hatte, auf Anordnung eines Vorgesetzten den Hof zu fegen. Der Maschinist hielt seine Weigerung für berechtigt, weil das Reinigen des Hofes wohl einem Arbeitsmann, nicht aber einem Maschinisten zugemutet werden könne. Er verklagte seinen Arbeitgeber auf 72 Mark Lohn für die Dauer der gesetzlichen Kündigungszeit.

Der beklagte Arbeitgeber wurde, wie das „Hamburger Fremdenblatt“ in seiner Nr. 139 vom 17. Juni 1914 berichtet, verurteilt: „Durch den Dienstvertrag sei der als Maschinist angestellte Kläger zur Leistung der verpflichtenden Dienste verpflichtet. Diese bestanden in der pflichtmäßigen Bedienung der seiner Obhut anvertrauten Maschine, nicht aber auch in dem Fegen und Reinigen des Hofplatzes.“

Der Kläger sei daher berechtigt gewesen, das ihm gestellte Ansuchen, den Hof zu legen, abzulehnen, selbst dann, wenn er im Augenblick nichts an der Maschine zu tun gehabt hätte."

**Zum Bauarbeiterchutz**

Durch das Bauarbeiterchutzsekretariat der christlichen Gewerkschaften sind unseren Verwaltungsstellen Fragebogen übermittelt worden. Ueber jeden auf Bauustellen vorkommenden Unfall sollen zwei Fragebogen ausgefüllt werden. Einer davon verbleibt in der Verwaltungsstelle und der andere ist an die Zentralstelle für Bauarbeiterchutz in Köln, Bismarckstr. 9 einzusenden. Am einzelnen auf die zu beantwortenden Fragen einzugehen, ist überflüssig an dieser Stelle. Die Fragen sind so einfach und klar, so daß ihre Beantwortung ohne besondere Erläuterung sehr wohl möglich ist. Bemerklich sei aber, daß die Fragen genau, prompt und gewissenhaft zu beantworten sind.

Das zweite Blatt des Fragebogens ist eingerichtet, um auf ihm eine tatsächliche Schilderung des Unfalles niederzuschreiben. Diese Schilderung ist an die Redaktion des Verbandsorgans einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir diese Einmeldungen summarisch besprechen und die Unfälle veröffentlichen. Unsere am Bauarbeiterchutz interessierten Kollegen mögen im eigenen Interesse, für gewissenhafte Ausfüllung und prompte Einsendung der Fragebogen und des Berichtes für das Verbandsorgan Sorge tragen.

Um die Lage des Bauarbeiterchutzes in der Provinz Westfalen einer Besprechung zu unterziehen findet am Sonntag, den 5. Juli in Dortmund im "Schwarzen Raben", Hansstraße 105 eine Bauarbeiterchutzkonferenz statt. Referate werden erstatten die Kollegen Veltum-Vochum und Buiertrot-Röhl.

**Ein christlicher Gewerkschaftstag in der Werkbund-Ausstellung**

Köln, die rheinische Metropole, steht im Sommerhalbjahr 1914 im Zeichen der großen Werkbund-Ausstellung, der auch die Arbeiterchaft Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Die Ziele und Bestrebungen des Deutschen Werkbundes gelten der deutschen Arbeit. Sie soll veredelt und durchgeistigt werden; die Arbeit soll in steter Entwicklung den Charakter des Qualitätserzeugnisses annehmen und an sich fortbilden. Echt im Material, schön in der Form, soll die deutsche Arbeit sich ihren Platz auf dem Absatzmarkte erobern und dauernd erhalten.

In dem Worte "Qualitätsarbeit" gipfelt des Deutschen Werkbundes Programm. Seine Ausstellung soll öffentlich dokumentieren, wie weit wir auf dem Wege der Werkbündziele schon vorangekommen sind, sie soll Anregung und Begeisterung zu weiterer Schaffen im angeführten Sinne geben. Die Ausstellung ist, so wie sie im Schatten der Domtürme des alten, heiligen Köln dahsteht, ein hochtragendes Werk deutschen Könnens, deutschen Fleißes und deutscher Arbeitskraft.

Aus der Erkenntnis, daß die Arbeiterchaft in erster Linie zu dem Gelingen dieses großen Werkes beigetragen hat, entspringt der Gedanke, einen besonderen christlichen Gewerkschaftstag in der Deutschen Werkbund-Ausstellung zu veranstalten.

Am Sonntag, den 2. August, werden die christlichen Gewerkschaftler Westdeutschlands im gastlichen Colonia zu dieser Veranstaltung zusammenströmen. Das Kölner Kartell der christlichen Gewerkschaften ladet alle Mitglieder und deren Angehörigen aus der näheren und weiteren Umgebung Kölns zur Teilnahme an dieser Tagung ein. Im Verein mit den Bezirks- und Ortskartellen von Rheinland und Westfalen sucht es den Tag zu einem möglichst erfolgreichen für den Werkbundgehanken zu gestalten. Mit einer großen Kundgebung christlicher Gewerkschaftler im Stadion des Ausstellungsgeländes vormittags 10¼ Uhr wird die Ausstellungsbesichtigung eingeleitet. Alles Nähere wird durch die Kartelle bekannt gegeben.

**Von der Deutschen Volksversicherung**

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat am 15. Mai 1914 im Reichstage heftige Angriffe gegen den Staatssekretär Dr. Delbrück erhoben, weil dieser in amtlichen Schriftstücken die "Volksfürsorge" als "sozialdemokratisch" bezeichnet hat. Nicht minder erregte es seinen Unwillen, daß die Reichsregierung tätigen Anteil an der Gründung der "Deutschen Volksversicherung" genommen hat. Bei seinen Ausführungen berief er sich auf amtliche Schriftstücke, die seinerzeit aus der Druckerei des Reichsamts des Innern entwendet worden sind. Dieser Vorstoß veranlaßte den Staatssekretär, die Haltung der Reichsregierung in der Frage der Volksversicherung ausführlich und mit allem Nachdruck klarzustellen.

Der Staatssekretär betonte zunächst, daß die "Volksfürsorge" zwar nicht als eine reine Veranstaltung der sozialdemokratischen Partei anzusprechen sei. Gleichwohl habe man sie als sozialdemokratisch bezeichnet, weil die sozialdemokratischen Konsumvereine und die "freien" Gewerkschaften die Aktien des Unternehmens gezeichnet hätten. Diese engen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei und die Neigung der Sozialdemokratie, ihre Parteizwecke mit wirtschaftlichen Unternehmungen zu verbinden, berechtige zu der Behauptung, daß man auch die "Volksfürsorge" in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen werde. Es sei daher dringend wünschenswert gewesen, daß Unternehmungen von gleicher oder noch größerer Güte und ebensofolche Leistungen, aber auf neutralem Boden errichteten. Das sei der Grund gewesen, weshalb er sich auf das lebhafteste um das Zustandekommen der "Deutschen Volksversicherung" bemüht habe.

Diese Antwort verdient in doppelter Hinsicht Beachtung. Einmal ist es zu begrüßen, daß von der Regierung die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und der "Volksfürsorge" beleuchtet und der sozialdemokratische Charakter dieses Unternehmens festgestellt wurde. Der Aufklärungsarbeit der nationalen Presse ist damit eine wesentliche Förderung zuzurechnen. Zum anderen aber dürfte den Angriffen auf die "Deutsche Volksversicherung", die von gegnerischer Seite erhoben worden sind, jeder Boden entzogen sein, nachdem der Staatssekretär mit klaren Worten die Beteiligung der Reichsregierung an der Entstehung dieses Unternehmens als ein Verdienst für sich in Anspruch genommen hat. Die von interessierter Seite ausgesprochenen und geschnittenen Zweifel an den Zukunftsaussichten und der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft, der Güte ihrer Bedingungen, der Berechtigung ihrer Leistungen und der Unparteilichkeit ihrer Geschäftsführung werden nach diesen Worten von berufener Stelle ihrer Keimen

Gläubigen mehr finden. Umso leichter wird es der "Deutschen Volksversicherung" werden, ihre hohen sozialen und nationalen Aufgaben durchzuführen.

**Scharfmacher und Gelbenprotektoren gegen den Jugendschutz**

Am allgemeinen ist die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren in Nachtstunden verboten. In Walz- und Hammerwerken und in Glashütten ist die Nachtarbeit dagegen erlaubt. Es ist nun eine alte Forderung, daß die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren während der Nacht verboten werden soll. Auf der internationalen Arbeiterschutzkonferenz 1899 in Berlin, sprachen sich deutsche Regierungsvertreter für den Erlaß eines solchen Verbotes aus. Darauf setzte der Zentralverband deutscher Industrieller alles in Bewegung, um ein solches Verbot zu verhindern. Freiherr von Siumm und Agel Buck erreichten ihren Willen. Und bis heute — also nach 24 Jahren — ist das Verbot noch nicht erlassen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat in der langen Zeit der Zentralverband deutscher Industrieller seine Stellung nicht im geringsten geändert. Auf seiner jüngsten Tagung, die Anfang d. M. in Köln stattfand, nahm er nach einem Vortrage seines Geschäftsführers Herrn Dr. Schweighofer, eine gepflegte Resolution an gegen das Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. In der Diskussion sekundierten nach der Rdn. 3tg. eine Anzahl Industrielle ihrem Generalsekretär, die als Gelbenprotektoren bekannt sind. Energisch "erwarteten" sie, daß die deutschen Regierungsvertreter auf der im Herbst d. J. in Bern stattfindenden internationalen Konferenz die Anträge der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz betreffend Nachtarbeitsverbot der Jugendlichen ablehnen.

Wir sind nun nicht im mindesten gespannt darauf, was die Gelben zu dieser Stellungnahme ihrer Protektoren sagen werden; wir wissen es schon. Die Gelben werden ganz untertänigst stillschweigen, wie sich das so gehört für solche, die von den Projekten leben, die vom Tische der Unternehmer fallen. Statt dessen werden sie versuchen, die Jugendlichen — die ihnen ins Garn gegangen sind — genau so wie die alten über ihre Lage hinwegzutäuschen. Statt Arbeiterschutz gibt man ihnen Fußball- und andere Spiele. Panem et circenses. Brot und Spiele statt Freiheit und Menschenwürde! hieß diese Losung im alten Rom. Mit dieser Methode werden die Gelbenprotektoren und ehrlichen Makler in diesem Falle kein Glück haben. Sehnsüchtig werden die gelben Jünglinge mit dem Henckelmann unter dem Arm am Fußballplatz vorbeimarschieren zur Nachtschicht ins Walz- und Hammerwerk. Neidvoll werden sie an die glücklicheren Zeichner- und Schreiberberufungen usw. denken, die sich auf dem Fußballplatz amüsieren, während sie sich im Walz- oder Hammerwerk im Dienste ihres "Gelben-Protektors" abmühen. Und wenn sie dann die Lippen hängen lassen, erwacht unseren Kollegen die Aufgabe, die irreführenden Gelben darauf hinzuweisen, daß sie die Nachtarbeit ihren Protektoren zu verdanken haben. Sie werden sich dann sicherlich ermannen, so daß das Panem et circenses das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung auslöst.

**Ein sozialdemokratischer Denunziantenstreich**

In letzter Zeit sind bekanntlich Ortsvereine und Zentralverbände der "freien" Gewerkschaften von preussischen und sächsischen Polizeibehörden als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes erklärt worden. Die Sozialdemokratie hat gegen diese behördlichen Maßnahmen eine geräuschvolle Protestaktion inszeniert und sucht aus der unangenehmen Situation herauszukommen, indem sie die anderen Gewerkschaftsorganisationen gleichfalls in das politische Fahrwasser hineinzuziehen sucht. In einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung in Berlin hat der Reichstagsabgeordnete W. Heine nach einem Bericht des Berliner Tageblatt (Nr. 233/1914) folgende Aufforderung an die Versammlungsteilnehmer gerichtet: "Durch planmäßiges Vorgehen gegen die Organisationen unserer Gegner müssen wir die Behörden ins Unrecht setzen. Also, Parteigenossen, geht überall vor gegen Gelbe und Christliche. Seid Euren Vorgesetzten alles mit, was ihr an Verletzungen des Vereinsgesetzes auf jener Seite erfahrt! Rücksichtslos waltet ihr unsere Gegner bloßstellen und sehen, ob es nicht wieder gelingen sollte, dem Grundgesetz: Gleiches Recht für alle Geltung zu verschaffen."

Dieselben Leute, die sonst mit höchster Entrüstung das Spitzel- und Denunziantentum verurteilen, scheuen also vor diesem anrüchigen Mittel selbst nicht zurück, nur um Mitgeschuldige für die politischen Sünden der "freien" Gewerkschaften zu bekommen. Besonders krampfhaft bemühen sich die "Genossen", den christlichen Gewerkschaften einen politischen Charakter anzudichten. Das erste Ergebnis dieser Bemühungen ist schon in einem langen Artikel, der durch die gesamte sozialdemokratische Presse lief, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Rasendruckte das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Denunziantenepistel ebenfalls ab. Da werden eine Reihe von Fällen angeführt, die als Beweis dafür dienen sollen, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso politisch seien wie die sozialdemokratischen. Vernehmlich sucht man eine Abhängigkeit der christlichen Organisationen von der Zentrumspartei zu konstruieren. Diese angeblichen Beweise können einer ernsthaften Kritik jedoch nicht standhalten. Was dieser oder jener Zentrumspolitiker einmal gesagt oder was ein Zentrumblatt bei dieser oder jener Gelegenheit geschrieben haben soll, dafür tragen die christlichen Gewerkschaften keine Verantwortung; ihr Charakter wird dadurch in keiner Weise berührt. Hier kann nur das maßgebend sein, was die christlichen Gewerkschaften durch ihre zahlreichen Instanzen erklärt, beschlossen oder was sie praktisch getan haben. Das von der sozialdemokratischen Presse wüthend zusammengeschleppte Material ist so nichtssagend, daß sich ein näheres Eingehen auf die einzelnen Fälle gar nicht verlohnt. Bei Beurteilung der vorliegenden Strafanträge ist festzuhalten: wegen ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung können und dürfen die Berufsorganisationen nicht zu politischen Vereinen gestempelt werden. Das liegt auch nicht in der Kompetenz der Behörden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, führte in der Reichstagsdebatte vom 15. Mai d. J. gegenüber einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann u. a. folgendes aus:

Der Herr Reichskanzler hat jenseits bei den Kommissionsberatungen hier in Halle sich dahin ausgesprochen, daß die im Par. 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten — das sind also die Aufgaben der Gewerkschaften — bei richtiger

Auslegung des Gesetzes als solche überhaupt nichtpolitischer Art seien. Der Herr Reichskanzler nimmt mit mir heute noch den Standpunkt ein, daß die Erörterung wirtschaftlicher Fragen ihrer wirtschaftlicher Interessen unpolitisch ist und den Vorschriften des Vereinsgesetzes über politische Vereine und politische Versammlungen nicht unterliegt. Die Sachlage ändert sich allerdings in einzelnen Fällen, wenn die wirtschaftliche Vereinigung sich auch mit politischen Angelegenheiten befaßt, in Beziehungen zu politischen Parteien oder Vereinen tritt, zur Bewirkung ihrer Bestrebungen auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates, auf die staatlichen Rechte der Bürger oder die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander einzuwirken versucht. Das ist die klare Feststellung des Begriffs politischer Angelegenheiten, wie sie sich in der Judikatur sowohl der ordentlichen wie der Verwaltungsgerichte herausgebildet hat. Ob eine dieser Voraussetzungen im einzelnen Falle vorliegt, ist natürlich für diesen Fall besonders zu prüfen und zu entscheiden. ... "Ich kann nur wiederholen," so erklärte der Minister an anderer Stelle seiner Rede, "daß keine Gewerkschaft unter die politischen Vereine fällt und als politischer Verein behandelt werden kann, solange sie sich in den Grenzen hält, die ihr durch den Par. 152 der Gewerbeordnung gezogen werden." Und zu den Sozialdemokraten gewandt, fuhr der Redner fort: "Es liegt in Ihrer Hand, zu vermeiden, daß Ihre Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden. Sie können sie freihalten von der politischen Betätigung, die sie eventuell unter das Vereinsgesetz bringt. Aber es ist Ihnen zu schwer ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu trennen von ihren politischen Zielen. ... Aber solange Sie diese Beziehungen nicht aufschalten, müssen Sie die Folgen tragen, die sich daraus ergeben, und sich die Schuld selbst zuschreiben, nicht aber den Behörden, die die Gesetze anzuwenden und auszuliegen haben."

Mit diesen Ausführungen hat der Staatssekretär die Situation zutreffend gekennzeichnet. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben durch ihre Verbrüderung mit der politischen Sozialdemokratie die jetzigen Schwierigkeiten selbst heraufbeschworen. Wenn sie jetzt durch ein organisiertes Spitzel- und Denunziantentum Mitschuldige suchen wollen, so zeugt das von wenig nobler Gesinnung und wird, soweit die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen, auf keinen Fall von Erfolg begleitet sein.

**Die Schweigepflicht der Gewerbegerichtsbeisitzer**

Eine Gewerbegerichtsbeisitzer wurde zur Verantwortung gezogen, weil er seinen sozialdemokratischen Parteigenossen Mitteilung über seine Abstimmung in einer Gewerbegerichtssitzung gemacht hatte. Das Landgericht sprach ihn zunächst frei. Das Reichsgericht wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück, welches jetzt den Standpunkt einnahm, in dem Verhalten des betreffenden Gewerbegerichtsbeisitzers ein Verstoß gegen den Paragraphen 200 des Ger.-Verf.-Ges. zu erblicken sei. Dieser Paragraph lautet: "Schöffen und Geschworene sind verpflichtet, über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung stillschweigen zu beobachten." Dieser Bestimmung unterliegen auch die Beisitzer an den Gewerbegerichten.

Der Angeklagte wurde seines Amtes enthoben. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Angeklagte habe die Pflicht gehabt, sich über die ihm obliegenden Pflichten zu informieren, denn sein Amt, das von hoher öffentlicher Bedeutung sei, erfordere eine ganz besondere Sorgfalt. "In der Vernachlässigung der Kenntnisaufnahme der Vorschriften müsse eine grobliche Pflichtverletzung erblickt werden, deshalb war die Amtsentsetzung vom Gerichtshof auszusprechen."

Nachdem es durch die kürzlich erfolgte Gewährung von Tagesgehältern an Schöffen und Geschworene auch den Arbeitern ermöglicht worden ist, ein solches Amt anzunehmen, dürfte das Urteil des Landgerichts Leipzig außer den Gewerbegerichtsbeisitzern noch weitere Kreise der Arbeiterchaft interessieren und sie veranlassen, sich bestimmt an das Schweigegelot zu halten, das der Paragraph 200 des Gerichts-Verfassungsgesetzes ausspricht.

**Streiks und Lohnbewegungen**

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

- Witten. Bei der Karosseriefabrik Wehling stehen die Arbeiter im Streik.
- Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.
- Hesse. Bei der Firma Ackermann stehen die Formet wegen Akkordabhängigen im Streik.
- Münster. Die Arbeiter der Karosserie- und Kugelmagengabriken stehen im Streik.
- Sofingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.
- Bierfen. Die Arbeiter der Firma Hamm stehen im Streik.
- Warkeln. Auf der St. Wilhelmshütte bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten.

**Aus Wirtschaft und Technik**

**Trußgelahren**

Bekannt ist die schwere Konkurrenz, welche der deutschen Nähmaschinenindustrie durch die Singer-Compagnie, einer irakartigen amerikanischen Gesellschaft, bereitet wird. Bis ins kleinste hinein hat sie ihre Verkaufsorganisation ausgedehnt. In den großen Städten findet man an jeder belebten Ecke einen Singerladen und in den kleinsten Orten hat sie mindestens eine Vertretung. Daß dadurch der deutschen Nähmaschinenindustrie und damit auch der deutschen Arbeiterchaft viel, sehr viel Arbeit verloren geht, bedarf keines weiteren Beweises. Unsere Kollegen sollten darum nur deutsche Fabrikate kaufen.

Jetzt wird aus Neuz berichtet, daß dort schon seit längerer Zeit ein amerikanischer Truß gegen eine durchaus leistungsfähige deutsche Industrie arbeitet: die Internationale Harveste Co. G. m. b. H., die der einheimischen Industrie für landwirtschaftliche Maschinen das Leben mehr als teuer macht. Es handelt sich dabei tatsächlich nicht etwa um eine natürliche Vorzugsstellung der amerikanischen gegenüber deutscher Industrie, denn die letztere exportiert nahezu das gleiche Quantum ihrer Erzeugnisse, als Produkte der Harveste Co.

in Deutschland eingeführt werden. Dieser Truſt hat ſeine Stellung auf dem deutſchen Markt alſo augenſcheinlich nicht ſeiner produktiven Leiſtungsfähigkeit, ſondern ſeinen Konkurrenzvorteilen zu verdanken, und er ſcheint nunmehr zu dem Verſuch entſchloſſen, ſie zu einer Monopolſtellung auszubauen. Nachdem die „Internationale Harvester Co. S. m. b. H.“ ihr Stammkapital erſt kürzlich von 1 auf 4 Millionen Mark erhöht hatte, will ſie es jetzt um weitere 2 auf 6 Millionen Mark ſteigern. Das iſt zweifellos der Vorbote eines verſtärkten Angriffs auf die deutſche Induſtrie und ihren Markt, und es zeigt ſich auch darin, daß das amerikaniſche Truſtwesen von faſt allen Richtungen her in die deutſche Induſtrie-einkaufſkraft einzudringen beſtrebt iſt.

Die Entwicklung der deutſchen Automobilinduftrie

Trotz der nicht alſo günſtigen Wirtſchaftslage im vergangenen Jahre, konnte bei der am 1. Januar vorgenommenen Zählung der Kraftfahrzeuge eine Vermehrung des Beſtandes um 15 283, d. h. ca. 20 Prozent, feſtgeſtellt werden. Verſtädtlicht man, ſo ſchreibt die „Allgemeine Automobilzeitung“, daß ſeit der faſt fünf Monate verfloſſen ſind, ſo wird man annehmen können, daß gegenwärtig das erſte Hunderttauſend an in Deutschland im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeugen erreicht iſt. Dabei ſei betont, daß es ſich nur um ſolche Fahrzeuge handelt, die ſtädtlich im Verkehr ſind; die Kraftfahrzeuge, die gemäß der Bundesratsverordnung von 1910 zur Veranſtaltung von Probeſfahrten zugelassen wurden, ſind in dieſer Zahl nicht mit einbegriffen. Das Entwicklungſtempo des Automobilverkehrs in Deutschland land zeigt die nachſtehende Uebersicht, die den Beſtand am 1. Januar jeden Jahres wiedergibt:

Table with 5 columns: Year, Total vehicles, Increase in %, Persons, and Costs. Data for years 1914-1907.

Im Laufe von ſieben Jahren iſt mithin die Geſamtzahl der im deutſchen Reich im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge auf das Dreieinhalbfache angewachſen. Die Zahl der Perſonenfahrzeuge, für ſich betrachtet, hat ſich nicht ganz ſo ſchnell, die der Laſtfahrzeuge dagegen ſehr viel ſchneller — auf das Achtfache vermehrt.

Was die gegenwärtige Lage der Automobil-Induſtrie anlangt, ſo wird aus Fabrikantenkreiſen berichtet, daß die Stag-nation überwunden iſt, nachdem ſich die politiſchen Verhältniſſe geklärt und die Geldknappheit einer größeren Fließigkeit Platz gemacht hat. Die Nachfrage iſt flotter geworden, ſo daß die deutſchen Automobilfabriken heute vollauf beſchäftigt ſind.

Eine intereſſante Verſchiebelokomotive

Die Eiſenbahn-Hauptwerkſtätte in Tempelhof bei Berlin eſt iſt eine dreilaſſige Akkumulatorenmaſchine mit drei Motoren die ein Gewicht von 42,15 Tonnen hat, (18,35 Tonnen wiegt die Batterie, 5,8 Tonnen die elektriſche Ausrüſtung und 18 Tonnen der mechaniſche Teil.) Jede der drei Achſen wird, wie ſ. S. ſchmeißer in einem intereſſanten Artikel der „Elektrotechniſchen Zeiſchrift“ ausführt, durch einen Hauptmotor mittels einfachen Zahnradvorlegetes angetrieben. Die Motoren ſind für 310 Volt gewickelt und haben eine Stundenleiſtung von normal ſammen 88 Kilowatt. Die Zugkraft der Lokomotive am Lauf-radumfang beträgt normal ja. 3300 kg, beim Anfahren 6000 Kilogramm, die normale Geſchwindigkeit 2,4 Meter in der Sekunde. Die Steuerung der Motoren erfolgt durch zwei Doppel-fahrſchalter, deren jeder für Vorwärts- und Rückwärtsfahrt ſowie für elektriſche Kurzſchlußbremsung eingerichtet iſt. Die Fahrſchalter haben folgende Fahrſtufen: vier für Hintereinanderſchaltung der Motoren, fünf für Nebeneinanderſchaltung und vier für Kurzſchlußbremsung. Die Verwendung von Doppel-fahrſchaltern, d. h. mit je zwei Hauptwalzen, war notwendig, um die zahlreichen Kontakte für die drei Motoren unterzubrin-gen, zumal bei den hohen Stromſtärken für die einzelnen Fahrſtufen mehrere Kontakte parallel geſchaltet werden mußten. Für langſame Fahrt werden die Motoren hintereinander, für ſchnelle Fahrt nebeneinander geſchaltet. Wird ein Motor be-triebsunfähig, ſo kann er durch einen beſonderen Motorschalter ausgeſchaltet und der Betrieb mit den beiden anderen Motoren weitergeführt werden. Die Lokomotive beſitzt ferner eine Lade-dose wie die Akkumulatorentriebwagen der Staatsbahn, die zugleich die Beleuchtungsſtromkreiſe bei Ladung und Entladung der Batterie auf die richtige Spannung umſchaltet. Zur Auf-ladung ſtehen 440 Volt zur Verfügung, wodurch die Anzahl der Zellen auf 160 Stück feſtgelegt iſt. Unter normalen Bedingungen kann die Lokomotive den Strom für ſechsstündigen Verſchiebe-dienst hergeben.

Ein neues Kupferſchweißverfahren

Die biſherigen Verfahren zur Kupferſchweißung wiefen immer immer noch mehr oder weniger Mängel auf. Wie nun die Zeitſchrift für angewandte Chemie berichtet, hat kürzlich Dr. W. Schieber (Wien) kürzlich im Verein öſterreichiſcher Chemiker über ein neues, von ihm erfundenes Verfahren einen Vortrag gehalten. Dieſes geſtattet das Schweißen von Kupfer in voll-kommener Weiſe ohne ſichtbare Spur der erfolgten Verbindung, und es bleiben die mechaniſchen Eigenſchaften des Bleches, wie Dehnbarkeit, Zugfeſtigkeit, auch an den Schweißſtellen er-halten. Das Verfahren beſteht darin, daß man das beim Er-hitzen ſich bildende Oxyd durch eine reduzierend wirkende Flamme in metalliſches Kupfer überführt. Die Ausführung der Arbeit iſt die denkbar einfachſte. Die entſprechend gereinigten und zu-gewickelten Kupferſtücke werden an Stellen, wo die Vereinigung erfolgen ſoll, einige Millimeter übereinandergelegt und hierauf der Einwirkung von Gebläſeflammen von Waſſerſtoff und Sauer-stoff ausgeſetzt, bis die erforderliche Weißeit des Kupfers erreicht iſt. Es wird dann mit der rein reduzierend wirkenden Waſſerſtoffflamme bis zur gänzlich erreichten Reduzierung erhitzt, was an der Blankheit des Kupfers zu erkennen iſt, und durch einfaches Hämmern die die dauernde Vereinigung der betreffenden Stellen herbeigeführt. Der Vortragende demonſtrierte eine große Siſchwanne von ca. 25 Liter Inhalt, die aus mehreren Stücken zuſammengeſetzt war und an der die Schweißſtellen nicht ge-funden werden konnten. Zur Ausführung des Verfahrens iſt eine eigene Apparatur erforderlich, und zwar:

- 1. Sauerſtoff und ſpeziell gereinigter Waſſerſtoff;
2. Waſſerſtoff- und Sauerſtoffreduzierventile;
3. Schläuche, gepreßt auf 5 Atm. Druck;
4. eigens konstruierter Schweißbrenner (geſt. geſch.);
5. Spezialamboss;
6. Spezialhämmer.
Dieſe Spezialapparatur wird Interſſenten von der Verwer-tungsgelſchaft dieſes Verfahrens geliefert.

Bekanntmachungen des Vorſtandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar ſind, ſo iſt für Sonntag, den 28. Juni der ſiebenundzwanzigſte Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juni bis 4. Juli fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Duisburg-Weidereiſch. Zu einer imponierenden Rundgebung geſtaltete ſich die von 1500 Arbeitern der Rhein. Stahlwerke und der Hütte Phönix beſuchte, am 17. Juni ſtattgefundene Met-allarbeiterverſammlung. Das Referat hatte Kollege Schmitz (Köln) übernommen. Seinen Ausführungen entnehmen wir: Der Bevölkerungsanteil Deutschlands, welcher in der Induſtrie ſeine Ernährung findet, iſt von 1882 bis 1907 von 16 auf 26 Millionen geſtiegen und gewaltige Kapitalſummen ſind in der Induſtrie angelegt. Die Lage der Metallarbeiter hat ſich nicht in demſelben Maße gehoben, wie es möglich und notwendig ſei. Während von 1911 bis 1912 die Koſten für Ernährung einer vierköpfigen Familie pro Jahr um 80 Mark geſtiegen ſind, hat ſich in demſelben Zeitraum in der Rhein.-Weſtſ. Groß-eiſeninduſtrie der Lohn nur um 59 Mark gehoben. Trotz der überlangen 12ſtündigen Arbeitszeit ſind im verfloſſenen Jahre 25 Millionen Ueberſtunden in der Schweißereiinduſtrie gemacht worden. Scharfe Kontrolle und Antreiberſei ſorgen dafür, daß die Leiſtungen der Arbeiter immer geſteigert werden. Mit Gewalt und Liſt haben ſcharfmacheriſche Unternehmerekreiſe gegen die Gewerkschaftsbewegung angehämpt. Es ſei an die Schikar-nierungen und Maßregelungen und an die ſchwarzen Liſten er-innert.

In neuerer Zeit wurden von Arbeitgeber einſeitige Arbeits-nachweiſe eingeführt, ſie ſind bekannt als Sortiermaſchinen. Ausſperungen, zum Teil von gewaltigem Umfange, ſind von den Unternehmern durchgeführt worden. Dieſe Gewaltmaßnahmen vermochten den Vormarsch der Gewerkschaftsbewegung nicht auf-zuhalten. In den letzten Jahren verſuchen ſcharfmacherkreiſe mit dem Hinweis auf die ſoziale Belaftung der Induſtrie, die Deffentlichkeit gegen die Arbeiter einzunehmen. Daneben will man das Koalitionsrecht durch Einführung eines Arbeits-willigenſchutzes und Verbot des Streikpoſtenſtehens verſchän-deln. Da es feſtſteht, daß auch dieſe Mittel nicht zum Ziele führen werden, appellieren viele Induſtriellen an die Charak-terloſigkeit der Arbeiter und ſuchen ſie in gelben Werkvereinen zuſammen zu faſſen. Mit dem Dekamantel des Patriotis-mus ſuchen die Werkvereine ihr arbeitſchändendes Tun zu bemanteln. Die Gründer der Werkvereine ſind keine Arbeiter. Die Kaſſen der Gelben werden von den Unternehmern fundiert. Wo die Werkvereine eine Bedeutung beſitzen, dort ſtagieren die Löhne. Die Gewinne der Werke ſteigen aber erheblich. Die Arbeiter der Rhein. Stahlwerke haben ganz beſonders Veranlaſſung von den Gelben abzurücken. Dieſes Werk ver-diente im Geſchäftsjahre 1912/13 an jedem Arbeiter 918 Mark. Der Lohn ſtieg von 1907 bis 1913 nur um 139 Mark pro Kopf. Während im Jahre 1907 jeder Arbeiter jährlich 259 Tonnen Roheiſen, Biſſe und Stahl erzeugte, waren es im Jahre 1913 365 Tonnen. Nur in ganz geringem Maße hat die Arbeiterſchaft von den günſtigen Geſchäftsergebniffen profitiert. Das wird erſt dann anders werden, wenn die Arbeiter der Großeiſeninduſtrie ſich dem Chriſtlichen Metall-arbeiterverband Deutschlands anſchließen. Draufſender Beifall lohnte den Redner für ſeine ſachlichen Ausführungen.

Als erſter Diskuſſionsredner bekam der vom Nachtwächter zum Portier beförderte Gelbenagitator Schnei der das Wort. Trotz dem ihm Redefreiheit zugeſichert wurde, ſtellte er ſediglich die Behauptung auf, daß an den Gelben doch etwas Gutes ſein müſſe, da doch in der letzten Verſammlung zugegeben worden ſei, daß die Gelben nicht von den Gewerkschaften aus der Welt geſchafft werden könnten. Kollege Burgarz wies darauf hin, daß die Gelben ſolange am Leben bleiben werden, als die Zu-ſchüſſe der Werke anhalten. Hören dieſe auf, dann gibt es auch keine Gelben mehr, denn dieſe Sorte von Arbeitern hat die Opferwilligkeit nicht erfunden. Das Gute, welches der Werkverein angeblich geſchaffen habe, beſtehe wohl in der Ein-führung der Werkſpolizei und der verſchärften Kontrolle auf den Rhein. Stahlwerken. Der Herr Schneider möge mal ſagen, wel-chen Erfolg die Eingaben des Werkvereins gezeitigt haben. Nichts mußte der Gelbenagitator zu erwidern. Sodann ſprach Kollege Pitlok über das Lohnſyſtem in der Großeiſeninduſtrie, die Schäden der langen Arbeitszeit und des ausgeſchnten Ueber-ſtundenweſens. Dann zeigte er, welche Rolle die Gelben bei einer Arbeitſteuerung ſpielen würden. Die Schuld an den unbefriedigenden Verhältniſſen in der Großeiſeninduſtrie trügen die Arbeiter ſelbſt, weil ſie ſich nicht organiſiert hätten. Redner räumte gründlich mit den Einwänden gegen die Organiſation auf. Vengſtlichkeit gegenüber den Werken ſei nicht am Plage. Ebenſo, wie der Arbeiter einen Unternehmer haben muß, der ihn be-ſchäftigt, müſſen auch die Werke Arbeiter haben, welche die Arbeit leiſten. Redner ſchloß mit einem dringenden Appell an die Unorganiſierten, ſich recht bald dem Chriſtlichen Metall-arbeiterverband anzuschließen, damit eine durchgreifende Ver-beſſerung der Arbeitsbedingungen vorgenommen werden könne. Die Verſammlung ſtellte ſich einmütig auf den Boden, der in der letzten Verſammlung angenommenen Reſolution. Nach einem Schlußwort des Vorſitzenden ſtimmte die Maſſenver-ſammlung beſtimmt in ein Hoch auf den chriſtlichen Metall-arbeiterverband.

Die Hüttenarbeiter wachen auf. Selbſt der größte Optimiſt hätte nicht erwartet, daß die zweite Proteſtverſammlung noch beſſer beſucht ſein würde, wie die erſte. Eine ſchöne Anzahl Neuaufnahmen war der direkte Erfolg der Verſammlung. Die größten Maſſenangelegungen werden nicht viel nützen, wenn die Kollegen nicht die aufgerüttelte Maſſe für die Organiſation zu gewinnen ſuchen. In dieſer bewegten Zeit, darf ſich kein Verbandskollege außer Reich und Glied bewegen. Ihr alten Bannerträger der Organiſation in Weidereiſch, Laar und Beck, auſ zur energiſchen Kleinarbeit für den Chriſtlichen Metallarbeiter-verband.

Kadolzſzell. In unſerer Gegend liegt die bekannte Pum-penfabrik von Allweil, auf der ſich in den letzten Jahren Zu-fände entwickelt haben, die für die Arbeiterſchaft nur ſchwer zu ertragen ſind. Baß nachdem ſich das Werk in ein Kom-pagniegeſchäft umgewandelt hatte, ſag man an, bald hier, bald dort die Akkorde herunterzudrücken, um dann auf der ganzen Linie mit großen Lohnreduzierungen vorzugehen, trotz-dem die Gewinne des Werkes immer größer wurden. Gegen dieſe Verſchlechterungen ſchritt unſer Verband ganz energiſch ein und unter ſeiner Führung ſetzte im Jahre 1907 eine Lohn-bewegung ein, die einen guten Erfolg zeitigte. Für den ganzen Betrieb wurde eine Lohnerhöhung von 5-10 Prozent erreicht. Das iſt um ſo höher anzufehen, als bei der ganzen Bewegung der rote Metallarbeiterverband eine ſehr zweideutige Rolle ſpielte und erſt nach dreimonatiger Aufforderungen es für gut fand, mit-zutun.

Leider ſieben eine große Zahl Arbeiter dem Verbands, der ſomit für ſie getan, nicht treu, ſondern traten aus, Sobald die Firma merkte, daß die Organiſation zurückging, verſtand ſie es, die Löhne wieder zu kürzen, natürlich allmählich, von Abteilung zu Abteilung.

Am 1. Oktober 1909 wurde die Firma in eine Aktien-geſellſchaft umgewandelt. Jetzt bekamen die Arbeiter zu füh-len, daß man überall ſparen wollte, um möglichſt hohe Gewinne herauszuſchlagen. Die Löhne ſanken ſo ſehr, daß die Arbeiter wiederum in eine Bewegung eintreten wollten. Der ſozialdemo-kraſtiſche Metallarbeiterverband aber zeigte wieder einmal, daß es ihm gar nicht um Interſſenvertretung der Arbeiter zu tun iſt, ſondern lediglich um die Hege. In ſchöſter Weiſe wurde die Bewegung vom roten Metallarbeiterverband hintertrieben. Die um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter hatten das Nachſehen. Später erfuhr man aus ſicherer Quelle, daß die Firma eine Lohnerhöhung bewilligt hätte, denn die Konjunktur war gut. Die Arbeiter ſollten dem roten Metallarbeiterverband auf dieſen Verrat die treffende Antwort geben und die heißt: Hinein in den chriſtlichen Metallarbeiterverband.

Die Folgen dieſes niedrigen Handels des roten Metall-arbeiterverbandes liegen nicht lange auf ſich warten. Die Firma drückte die Akkorde um 15-20 Prozent in faſt allen Ab-teilungen. Arbeiterentlaſſungen folgten und die Behandlung ließ ſehr viel zu wünſchen übrig. In der Zeit der Geſchäftsflaute entließ man die Arbeiter bis auf 600 Mann. Der Lohn ſtellte ſich auf 3,80-4,00 Mark. Da zogen es viele Arbeiter vor, den Boden Kadolzſzells zu verlaſſen und ſich eine andere Stätte zu ſuchen. Männer, die zwanzig und mehr Jahre auf der Fabrik beſchäftigt waren, und ihre beſte Kraft in den Dienſt der Firma geſtekt hatten, flogen rückſichtslos heraus. Die Zuſtände auf dem Werk ſind unſagbar.

Die Arbeiterſchaft des Werkes, die vorher die Organiſation nicht mehr für notwendig hielt, iſt unſanft aufgeweckt worden, durch dieſe Schläge. Hätten ſie den Verband nicht verlaſſen, ſondern ſtets treu zu ihm geſtanden, die Verhältniſſe auf dem Werk würden ſich nie in dem Maße verſchlechtert haben. An dem Wüſtlingen der berechtigten Forderungen der Arbeiter hat der Verrat des roten Metallarbeiterverbandes die größte Schuld.

Kollegen von Kadolzſzell! Die Zeit und eure ſchlechten Verhältniſſe erfordern ein energiſches Durchgreifen. Das kann aber nur dann geſchehen, wenn alle, Mann für Mann, ſich der Organiſation anſchließen und ihr treu bleiben. Die einzige Organiſation, die für euch in Frage kommt, iſt der chriſtliche Metallarbeiterverband!

Solingen. In Wald fand am Sonntag den 14 Juni eine außerordentliche Verſammlung der Jugendklaſſe ſtatt, an der ſich die jugendlichen Kollegen der Sektionen Solingen, Wald, Ohligs, Haan und Gräfrath beteiligten. Trotz des Schüſen-feſttrubels hatte ſich eine ſtattliche Anzahl junger Kollegen ein-gefunden. Mit großem Intereſſe folgten ſie den ſehr lehr-reichen Ausführungen des Kollegen Henſeler (Duisburg). Ein-leitend wies Redner darauf hin, daß ſich heute alles bemühe, die Jugend für ſich zu gewinnen. Die konfeſſionellen Jugend-vereine haben im Laufe der Jahre große Maſſen junger Leute um ſich geſchert. Das Verhältnis der konfeſſionellen Vereine zu den chriſtlichen Gewerkschaften iſt gut. Die Jungdeutſchland-bewegung ſuche die junge Leute in der Hauptſache durch Sport und Spiel an ſich zu feſſeln. Ähnliche Beſtrebungen zeigen die gelben Werkvereine zur Gewinnung der Jugend. Die Sozialdemokratie ließe auch nichts unverſucht, die Jugend frühzeitig mit antireligiöſen und revolutionären Ideen zu füttern.

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Die Wahrheit dieſes Sprüchwortes hatten auch die chriſtlichen Gewerkschaften erkannt. Darum hätten dieſe in den letzten Jahren ſich auch der jugendlichen angenommen. Beſonders hat hier der chriſtliche Metallarbeiter-Verband bahnbrechend gewirkt, durch Bildung der Jugendklaſſe. In ihr ſoll den jugendlichen Metall-arbeitern Gelegenheit geboten werden, ſich mit gewerkschaft-lichen Fragen zu befaſſen. Durch eifriges Leſen des Verbands-organs werden die Kollegen frühzeitig auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zuſammenschluffes hingewieſen. Auch erhielten die jungen Kollegen durch den Verband Rat und Hilfe auf der Arbeitsſtelle. Bei der Berufswahl ſtehe ihnen der Ver-band ebenfalls zur Seite. Selbſtverſtändlich könnten die Kol-legen der Jugendklaſſe an allen Veranſtaltungen des Verbandes teilnehmen. Ein großer Vorteil für die jungen Kollegen liege auch darin, daß die Kollegen frühzeitig lernen, ſich mit ernſten Berufsfragen zu beſchäftigen, anſtatt nur dem Spiel und Sport zu huldigen. Dem Kollegen werden Mittel und Wege gezeigt, wie er in ſeinem Beruf vorwärts kommen und wie er ſich menſchenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältniſſe ſchaffen kann; Aufgabe der Kollegen ſei es, möglichſt viele jugendliche dem chriſtlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen. Vor allem ſolle die Jugend ſich bewußt bleiben, daß ſie berufen ſei, die Ideen der chriſtlichen Gewerkschaftsbewegung in der Zukunft weiter zu vertreten.

Im Anſchluß an den Vortrag fand eine lebhafte Aus-ſprache ſtatt, an der ſich verſchiedene ältere Kollegen betei-ligten. Es wurde beſchloſſen, mindeſtens alle halbe Jahre eine ſolche Veranſtaltung abzuhalten. Die anweſenden unorganiſi-zierten Metallarbeiter ließen ſich ſämtlich in den Verband auf-nehmen. Nachdem noch verſchiedene örtliche Angelegenheiten erledigt waren, fand die ſehr ſchön verlaufene Tagung ihr Ende.

Wäſſerlaſſen. Ueber die Jahresergebniffe der Knapp-ſchaftskaſſen der künigl. Hüttenwerke in Württemberg berichtete Kollege Ott, Mitglied des Knappſchaftsvorſtandes in einer Mit-gliederverſammlung. Die mitgeteilten Zahlen verdienen, wenn ſie auch nicht in die Millionen gehen, doch eine auszugsweiſe Wie-dergabe. Wir folgen dabei der Aufſtellung, wie ſie dem Knapp-

Schaftsvorstand vorgelegt wurde; greifen jedoch des Raumes wegen nur die größten und wesentlichsten Posten heraus.

Table with columns for Abts-Gmünd, Friedrichstal, Königsbrunn, Ludwigstal, Wasseralfingen, Schussenried. Rows for a) Einnahmen and b) Ausgaben.

Nach vorstehender Aufstellung haben die Betriebe Abts-Gmünd 234,64 Mark und Schussenried 637,23 Mark mehr ausgegeben wie eingenommen...

Die Rechnung der Pensionskasse wird gemeinsam für alle Betriebe geführt und bringt in Einnahme an Beiträgen der Knappschaftsmitglieder 99 927,56 Mark...

Soziales

Gewerbliche Erkrankungen und deren Bekämpfung

Es sind nicht bloß die Unfälle, die in gewerblichen Betrieben Leben und Gesundheit der Beschäftigten bedrohen, sondern einen nicht minder unheilvollen Einfluß üben die gewerblichen Erkrankungen aus...

Lüftung, Staub- und Dämpfabzug von vornherein hingewirkt. Aber auch in alten Anlagen gelingt es den Gewerbeaufsichtsbeamten nach und nach, die gesundheitlichen Verhältnisse zu verbessern...

Soziale Wahlen

Bei der Wahl für das Verf.-Amt Duisburg standen sich 3 Listen gegenüber; auf die Liste der christlichen Arbeiter entfielen 2 Vertreter, auf die Sozialdemokraten 2 und auf die Liste der vereinigten Hirsch-Dunker und Betriebskrankenkassen ebenfalls 2 Vertreter...

Bei der Vertreterwahl zum Versicherungsamt Magden wurden gewählt 3 Vertreter der christlichen Gewerkschaften, 2 von einer amtlichen Liste und 1 Vertreter der katholischen Arbeitervereine...

In Amberg-Stadt erhielt die christl. Liste 3 Beisitzer, die Sozialdemokraten 1 und die Werkvereinsliste, mit denen sich auch die Uföhdianer verbündet hatten, zwei Beisitzer.

Literarisches

Hilfsbüchlein zum Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Schmiede, Dreher, Modellstecher und Formner. Von Fr. Umstedt, Fachlehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Hannover.

Der Verfasser hat in seinem Buche, von dem in verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue Auflage notwendig wurde, in praktischer Weise versucht, alle die vielen wichtigen Punkte, auf die sich das ordnungsgemäße Fachzeichnen aufbaut und die der Schüler beim fachgemäßen Zeichnen unbedingt wissen muß...

und veranschaulicht. Der Wortlaut ist in klarer, gefälliger Form dem Verständnis und Begriffsermögen der Schüler angepaßt. Was aber das Buch für Lehrer und Schüler besonders wertvoll macht, ist, daß viele Beispiele aus der Praxis entnommen und auf die vielen Beziehungen der Werkstatt zum Zeichen hingewiesen, daß man nicht zeichnet einer schönen Zeichnung wegen, sondern um möglichst jede Zeichnung in der Werkstatt lesen und danach arbeiten zu lernen...

Das Aluminium und seine Legierungen, Eigenschaften, Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung. Von Hugo Krause. Mit 64 Abbildungen. 21 Bogen. Okt. Geh. 6 M. - Gebunden 6,50 Mark.

Das Buch behandelt die chemischen und physikalischen Eigenschaften des Aluminiums und sein Vorkommen in der Natur, die Geschichte und Statistik der Aluminiumherstellung, die Herstellung der reinen Lonerde, des künstlichen Kryoliths und der Elektrodenkohlen, die theoretischen Grundlagen und die technische Ausführung der Aluminiumgewinnung...

Da die Fabrikation des Aluminiums nur in der Hand weniger großer Werke liegt und auch Neugründungen nur in größtem Maßstabe möglich sind, hat der Verfasser den größten Teil des Buches der Verarbeitung des Aluminiums gewidmet und so ein Handbuch geschaffen, das bisher in der Literatur fehlte.

Briefkasten

S. D. 99. Wissenswertes auf dem Gebiete der Dreherei findest du im Ratgeber für Dreher, Schlosser und Maschinenbauer: „Der moderne Metallarbeiter“.

Berichtigung

Verbandskonferenz des 5. Bezirks. Unter dieser Rubrik ist in der Nummer 25 des Verbandsorgans auch die Ortsgruppe Speyer als fehlend aufgeführt, was irrtümlich geschah und hierdurch richtig gestellt wird.

Sterbetafel

Berlin, Am 8. Juni dieses Jahres verstarb unser junges Mitglied Hermann Mathies aus Steglitz im Alter von 19 Jahren an Lungenseiden.

Berichtungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Berichtungs-Kalender

Samstag, den 27. Juni.

- Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schütz Festhale, Königsgraben.
Erfeld-Stadt. Brancheneversammlung für Heizungsgewerbe.
Dortmund 2. Abends 8.30 Uhr bei Mail, Desterstraße 1.
Erfeld. Abends 8.30 Uhr im Weinmännchen Hof.
Halle. Abends 8.30 Uhr im kath. Vereinshaus, Burggasse 5.
Köln-Humboldt-Kolonie. Abends 8.30 Uhr bei Nath, Nassaustraße.
Köln-Ehrenfeld. Abends 9 Uhr bei Wittkamp, Beulstraße.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“, Neumarkt 18.
Oberhausen. Abends 8.30 Uhr bei Kemmerling, Düppelstr.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr Restaurant Bierhölle, Lindenstr. 35.
Bald. Abends 8 Uhr bei Hammesfahr.
Dortmund. Abends 8.30 Uhr bei Küpper, Ratskeller.

Sonntag, den 28. Juni.

- Call. Morgens 11 Uhr bei Gier in Call.
Erfeld-Hils. Morgens 11 Uhr im Lokale Stamm.
Dortmund-Derna. Nachmittags 5 Uhr bei Nagel.
Düsseldorf. Außerordentliche Generalversammlung der ges. Ortsverwaltung, vorm. 11 Uhr im Paulushaus, Eulienstr.
Euskirchen. Morgens 11 Uhr bei H. Gaul, Commanstr.
Rechenich. Nachmittags 4 Uhr bei F. Schönbberger, Herfer.
Wülheim-Ruhr. Sonntags 11 Uhr bei Langerbein, Dickswall.
Klempen. Morgens 11 Uhr bei Forner.
Deffelt-Hagen. Morgens 10.30 Uhr bei Baller in Halbergen.

Montag, den 29. Juni.

- Erfeld-Lobberich. Morgens 11 Uhr im Lokale Krummrich.
Geseke. Außerordentliche Mitgliederversammlung gleich nach Feierabend im Lokale Bienefeld, Ahsenbierstr.

Mittwoch, den 1. Juli.

- Ludwigsburg. Abends 8 Uhr bei Weimann, Stuttgarter Tor.

Donnerstag, den 2. Juli.

Dortmund 1 und 2. Außerordentliche Mitgliederversammlung im goldenen Löwen, 1. Kampstr. Referent: Kartellsekretär Elias.

Freitag, den 3. Juli.

Hamborn. Abends 8.30 Uhr bei Longhoff in Hamborn, Beckstraße. Versammlung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner aller Gruppen der Stadt Hamborn.

Sonntag, 4. Juli.

Berlin. Abends 8.30 Uhr im kath. Gefellenhaus, Königgräzer Straße 106.

Bremerhaven. Abends 8.30 Uhr im Hotel Union.

Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Ganterbrun, Schiffstraße.

Hamborn. Abends 8.30 Uhr bei F. Ferts, Kahlhöfen 27.

Haderowald-Bergerhof. Abends 7 Uhr bei Schuhmacher.

Sonntag, den 5. Juli.

Duisburg-Stadt. Vorm. 11 Uhr bei Hasenkamp, Friedrich-Wilhelm-Straße.

Duisburg-Land. Vorm. 11.30 Uhr bei Janzen, Kaiserstr.

Hamborn-Nordstr. Nachm. 2.30 Uhr im Kolpinghaus, Dillern.

Haderowald. Morgens 10.30 Uhr bei Weber.

Herren-Garderoben. erhalten Sie sehr preiswert vom Garderoben-Verlagshaus L. Spielmann. München, Dachauerstraße 1. Frühjahrs-Paletots und Mäntel von 10 bis 15 M. Sacco-Anzüge 1- und 2-reihig von 12 bis 18 M. etc.

Allen voraus Kiepenkerl sind die von Oldenkott-Rees am Rhein. Überall käuflich! Wegen ihrer außerordentlichen Bekanntheit jedes Hauswerks Freund.

Neu! Bruchleidende Neu! Wohltat und Hilfe. Auf Heilung hinwirk. Viele Dankschr. Aufklärende Broschüre geg. 30 Pfg. in Mark. d. Schievekamp's Bandag. - Versandhaus, Düsseldorf, Wilhelmplatz 10, 1. Et., dir. gegenüb. dem Hauptbahnhof und Duisburg, Königstraße 38. Prima Nusschinken per Pfd. 1.20 M. Durchschn. Schw. v. Pfd. 85 Pfg. Mettmurkt, hart, Brekmurkt, Leberwurkt v. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Brekmurkt per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfd. 1.20 M. empfiehlt per Nachnahme Carl Bögner, Wurstfabrik, Glogau. haubsägerei Korbschnitt und Holzbrand Werkzeuge, Holz, Verlagen etc. in großer Auswahl billig. Katalog gratis. J. Brandel, Kollentadt 99 Plab. Westfälischer Sped. Porzellan, Winterkleidung, nach Bauernart trocken geräuchert, Pfd. 75 Pfg., unbekannt Nachr., empfiehlt Aug. Seidemann in Hedinghausen, St. Gertrudi 2.